

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 203.

Montag, den 31. August 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

In der Sackgasse.

Daß die Finanzen des Reichs endlich einmal in Ordnung gebracht werden müßten, ist ein Erfordernis, dessen Dringlichkeit wir Sozialdemokraten zu allererst bestreiten werden. Im Gegenteil, seit der Gründung des Reichs, insbesondere aber seitdem unsere Regierung den verhängnisvollen Weg der Fülle beschritten und die indirekten Steuern immer mehr und mehr ausgebeutet hat, sind wir nicht müde geworden, darauf hinzuweisen, daß eine solche Finanzpolitik notwendigerweise in die Sackgasse führen muß. Und heute sitzt sie denn glücklich darin fest.

Wer's nicht glaubt, braucht nur einige der neuesten Kundgebungen über die geplante Finanzreform zu lesen. Was ist es denn, das in erster Reihe das furchtbare Loch in den Reichsäckel gerissen hat? Die unaußsprechlichen Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Der zahlenmäßige Beweis dafür ist bis zum Überdruß geführt worden; auch wird das, soweit wir sehen, nirgends im Ernst bestritten. Will man die Finanzen wirklich „sanieren“, so müßte also vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß das Loch nicht immer weiter reißt. Das heißt, es müßte vor allen Dingen einmal Schluß gemacht werden mit den Rüstungen. Und dann könnte man sich überlegen, wie, sicher vor der Gefahr neuer Defizits, das Loch zu stopfen sei. Aber daran kann selbstverständlich in den maßgebenden Kreisen wie in den bürgerlichen Parteien kein Mensch denken. Denn dann würde ja der Zweck all der bisherigen ungeheuren Ausgaben ins Wasser fallen. Man hat uns so und so oft erzählt, die „Sicherheit des Vaterlandes“ hänge davon ab, daß wir in Land- und Flotte allen etwaigen Feinden ebenbürtig seien. Hören jetzt die Rüstungen auf, während die „Feinde“ noch weiter rüsten können, so sind wir ihnen — nach dieser Logik — nicht mehr ebenbürtig und all die bisher verpulverten Milliarden sind zum Fenster hinausgeworfen. Also, eine Finanzreform, die das Übel an der Wurzel packt und die Militärausgaben kräftig beschränkt, wäre im Sinne unserer politischen Gegner überhaupt keine Reform, weil nach ihrer Ansicht ja die aufzubringenden Gelder hauptsächlich zu Militärausgaben dienen sollen. Für sie stellt sich die Frage so: wie bringen wir soviel Geld auf, daß wir die Militärausgaben decken und weiter steigern können? Sie müssen streben, aus der Finanzmisere herauszukommen, ohne doch an der Ursache der Finanzmisere rühren zu dürfen.

Aber die Sache ist noch weit verzwickter. Ebenfalls seit Jahrzehnten schon hat die Sozialdemokratie durch prinzipielle Deduktionen nachgewiesen, daß durch diese Rüstungen die „Sicherheit des Vaterlandes“ nicht gewährleistet, sondern gefährdet wird. Es war in der Tat nur ein einfaches Rechenexempel, daß bei der gegenwärtigen bestlebten Methode die Militärausgaben von Jahr zu Jahr steigen und schließlich so anschwellen würden, daß für andere Dinge einfach kein Geld mehr bliebe; so daß infolgedessen den Massen des Volkes die geistige wie leibliche Nahrung in der unerhörtesten Weise beschnitten werden würde. Dieser Zustand ist nun tatsächlich eingetreten. Was die deutschen Gemeinwesen für Schulen und Bildung erübrigen, wird immer weniger — es ist wohl kaum nötig, an die verschiedenen Bremsenlässe und den jammervollen Zustand unserer Volksschulen in allen Teilen des Reichs zu erinnern — und von ordentlicher Ernährung der Massen ist seit dem neuen Zolltarif überhaupt keine Rede mehr. Es liegt aber an der Hand, daß ein Volk, bei dem Intelligenz wie körperliche Kraft abnimmt, nicht wehrhaft sondern wehrlos wird, trotz der modernsten Waffen und der größten Armeen. Derselbe Nachweis ist nun aber in der letzten Zeit auch von bürgerlicher Seite geführt worden. Der bekannte Abgeordnete Potthoff hat jüngst im Scherfchen „Tag“ zahlenmäßig ausgeführt, daß an den Schulden (und deren Zinsen), die wir jetzt haben, noch unsere Kinder und Kindeskinde zu zahlen haben werden, zu einer Zeit, wo die dafür gekauften Kanonen und Schiffe längst zum alten Eisen geworfen sein werden. „Woher denn das Geld für neue Kanonen und Schiffe nehmen?“ fragt Herr Potthoff, und beweist so, daß die beliebteste Methode der Rüstungen selbst im gewöhnlichen bürgerlichen Sinne uns in absehbarer Zeit wehrlos macht. Wenn man nämlich seinen Kindern nachrechnet, so findet man, daß nicht erst unseren Kindern, sondern schon uns selbst die Peite droht. Mit mathematischer Sicherheit wird die Zeit kommen, wo wir noch an den alten verbrauchten Rüstungen abzahlen und infolgedessen keine Rüstung haben werden.

Angeichts solcher Tatsachen ist es verständlich, daß jetzt von allen Seiten der Ruf erschallt, die bevorstehende Finanzreform dürfe sich nicht darauf beschränken, neue

Steuern zu finden, sondern müsse unser Finanzwesen, „auf eine völlig neue Grundlage“ stellen. Sehr richtig; ganz unsere Meinung. Fragt sich nur, wie die „völlig neue Grundlage“ aussehen soll. Darüber haben wir trotz eifriger Suchens in der gesamten „staats-erhaltenden“ Presse kein Sterbenswörtlein gefunden. Im Gegenteil, das „Berliner Tageblatt“ als Vertreter derjenigen Liberalen, die der Blockpolitik nicht grün sind, hat kürzlich die Flotte hochpoetisch mit einem Mantel verglichen, den ein Volk nicht entbehren könne, „wenn es sich auf das stürmische Meer der Weltpolitik begibt“, und den unser „kluge und weitblickende“ englische Schatzsekretär Lloyd George mit freundlichen Worten habe abschmeicheln wollen. Also von der Rechten bis zur äußersten bürgerlichen Linken ist sich alle Welt darüber einig, daß die Rüstung notwendig sei:

Und in diesem Sinne hat nun gar eine Leuchte der bürgerlichen Finanzwissenschaft, der ehemalige Unterstaatssekretär Professor von Mayr in München, eine Arbeit veröffentlicht, die den Gipfel der Verlegenheit bedeutet. Er legt dar, daß bei der jetzt bevorstehenden Regelung der Finanzen vor allen Dingen auch die Möglichkeit eines Krieges ins Auge gefaßt und dafür gesorgt werden müsse, daß unsere Finanzwirtschaft kriegsbereit sei:

„Mögen immer die finanziellen Einzelmaßnahmen für den Fall des Kriegsausbruchs sehr weit ausgebaut sein, namentlich viel weiter, als es zurzeit im Deutschen Reich der Fall ist, eines bleibt doch als das Hauptmittel erfolgreicher Kriegsführung vor allem unerlässlich: die Möglichkeit, durch freie Kriegsanleihen, vor allem im Inland und nach Möglichkeit auch im verbündeten oder doch freundschaftlich, ja selbst objektiv neutral gesinnten Ausland, die gewaltigen Mittel für Kriegszwecke zu einem erheblichen Betrag aufzubringen.“

Hier eine beiläufige Bemerkung: mit unserem beschränkten Untertanenverstand können wir eigentlich nicht verstehen, wieso das „Vaterland“ im Kriegsfall im Inlande pumpen muß. Wir dachten, der vielgerühmte „Patriotismus“ der Besitzenden, die immer so viel Hurra schreien, müßte sich eine Ehre daraus machen, dem bedrängten „Vaterland“ die nötigen Summen zu opfern. Aber, wie man sieht, da mit rechnet kein Mensch. Im „Interesse des Vaterlandes“ sollen die Armen freudig ihr Blut geben; aber daß die Reichen das viel kleinere Opfer ihres Guts ebenso freudig bringen — ist nicht! Höchstens pumpen, und dann gegen gute Zinsen! Und dabei herrscht noch ernsthafte Sorge, ob sie auch nur zum Pumpen geneigt sein werden. Denn Herr von Mayr fährt fort:

„Um für den Ernstfall des Krieges dem Anleihebedürfnis des Reiches die genügende Befriedigung zu sichern, ist fortan in Friedenszeiten die äußerste Zurückhaltung des Reichs vom Vorg. . . geboten.“

Das heißt mit anderen Worten: wenn das „Vaterland“ schon zu viel Schulden hat, dann werden ihn die Reichen im Notfall nicht einmal Geld pumpen! So schätzt Herr von Mayr den „Patriotismus“ der Reichen ein, und folgert daraus:

„Gerade im Hinblick auf die Reserve, die für Kriegsbereitschaft in der möglichsten Verstärkung des Credits des Reiches geschaffen werden muß, ist weiter erforderlich, daß nicht bloß die Borgwirtschaft beseitigt, sondern daß auch die Schuldentilgung ernstlich und dauernd in Angriff genommen wird.“

was für die Finanzreform besagen will:

„Für den weiterschauen, mit allen Eventualitäten rechnenden Vaterlandsfreund ergibt sich hiernach als notwendige Konsequenz für die Beseitigung des Gesamtbeitrages, der an neuen ordentlichen Reichseinnahmen aufzubringen ist, daß solcher fortan den gesamten Reichsbedarf. . . decken und außerdem eine ansehnliche Tilgungsquote der Reichsschuld begreifen kann.“

Man ermesse, was das bedeuten will. Die Finanzpolitiker stehen vor einer unmöglichen Aufgabe, weil sie, trotz immer erhöhter Schulden, nicht mehr das Geld für die Rüstungen aufzubringen wissen. Sie sind auf der Suche nach neuen Steuern im Belfrage von einigen hundert Millionen, um nur das drängendste zu zahlen, die sie aber kaum noch aus dem erschöpften Volke herauspressen können, und wissen außerdem wohl, daß das doch nur eben für den Augenblick reicht. Da kommt eine der ersten wissenschaftlichen Finanzgrößen und ruft ihnen zu: auf diesem Wege erreicht ihr euren Zweck, die Sicherung des Vaterlandes, nicht; denn, wenn ihr so weiter pumpt, wie bisher, bekommt ihr im Kriegsfall nichts mehr gepumpt und seid wehrlos; folglich müßt ihr nicht nur das drängende, sondern alles bar bezahlen und nichts mehr pumpen, überdies aber auch noch Schulden abzahlen, und zu diesem Zweck natürlich viel mehr als die lumpigen paar hundert Millionen aus dem Volk herauspressen! Ober mit anderen Worten: um die Wehrlosmachung durch Untergrabung

des Credits zu vermeiden, müßt ihr die Wehrlosmachung durch Auspovertung des Volkes um so intensiver betreiben! Um das Übel am einen Ende zu verhindern, müßt ihr es am andern Ende ins Ungeheure verschlimmern!

Diese vollendete Sackgasse, das ist bis jetzt der bürgerlichen Finanzweisheit letzter Schluß. Weiter bringen wird sie es auch nicht, denn es gibt eben nur ein Mittel, um aus der Misere herauszukommen, das ist die Ersetzung unseres Militärsystems durch die Volkswehr, die viel billiger und zugleich zur Verteidigung des Landes viel wirksamer ist. Weshalb unsere Besitzenden die nicht wollen, das steht natürlich auf einem ganz anderen Blatte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Freisinn unter der Fuchtel des Vereinsgesetzes.

Es ist eine bittere Ironie des Schicksals, daß von allen bürgerlichen Parteien der Freisinn zuerst die Schönheiten des Vereinsgesetzes zu fühlen bekommt. Die Polizei in Jarze (Oberschlesien) hatte sich herausgenommen, die Vereinsversammlungen eines liberalen Arbeitervereins zu überwachen. Auf seinen Protest erhielt der freisinnige Parteisekretär von dem Polizisten zur Antwort: „Ich halte diese Versammlung einfach für eine öffentliche Versammlung und das genügt.“ Die Versammlung wurde aufgelöst.

In Oberschlesien macht man dies nun mal so! Der freisinnige Sekretär erbat sich über diesen Fall ein Gutachten des Abgeordneten Müller-Meinungen und Kompromiß-Müller schrieb, wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen:

„Es ist im allgemeinen, vom konkreten Fall ganz abgesehen, ein wahrer Jammer, daß eine beschränkte Bürokratie das Vereinsgesetz wie alle anderen Gesetze in einer Weise anzuwenden versucht, daß die gesetzgebenden Faktoren immer von neuem die Kurzsichtigkeit und Verständnislosigkeit bedauern müssen. Es ist die höchste Zeit, daß, wie in Süddeutschland, auch in Preußen dafür gesorgt wird, daß die hündige Zulage des Staatssekretärs des Inneren durch entsprechende Ausfüllungsbefestimmungen vollzogen werde. Den Kampf gegen die Bürokratie aufzunehmen haben heute der leitende Staatsmann und seine Kollegen (soweit sie nicht dem ersteren ein Bein zu stellen suchen) ebenso alle Veranlassung wie die Volksvertreter; denn jene Bürokratie pfeift auf die Minister und ihre Politik. Ich will offen einräumen, daß wir von Anfang an wußten, daß dieser Kampf um eine liberale Ausfüllung des liberalen Gesetzes uns nicht erspart bleiben würde; denn die Beschränktheit und die Korruption gewöhnt man diesem alten System über Nacht nicht ab. Dazu gehört Geduld und Ausdauer! Sie, die Landrats- und Polizeiwirtschaft, wir die Kaplanokratie! Trotz „Blod“ noch keine Lust in Deutschland zu leben!“

Wir Sozialdemokraten sind von Anfang an davon überzeugt gewesen, daß die preussische Polizei aus dem Vereinsgesetz ein bössartiges Polizeigesetz machen wird. Daß sie das kann, daran ist nicht zum mindesten Herr Dr. Müller-Meinungen schuld, der alle sozialdemokratischen Anträge, die den Zweck hatten, dem Polizeigesetz das Handwerk zu legen, bekämpfte und niederstimmte.

Die Politik — ein Geschäft.

Dieses Glaubensbekenntnis legt das „Berliner Tageblatt“ ab. Natürlich nicht direkt und mit klaren Worten. Das wäre zu gerichtlich und kompromittierend. Aber indirekt, gewissermaßen verhehlich und deshalb um so beweiskräftiger für den wahren Charakter des Liberalismus. In einem Leitartikel vergleicht es nämlich die Bestrebungen nach Einigung des Liberalismus mit der Verstrickung wirtschaftlicher Interessen und Interessengruppen und plaudert bei dieser Gelegenheit aus, daß nach seiner Meinung der Zweck einer politischen Partei kein anderer ist, als Wähler zu fangen! Es schreibt:

„Ehe es zur Ring- oder Trufstbildung kommt, suchen die wirtschaftlichen Konkurrenten sich gegenseitig die Kunden abzufragen, durch alle Mittel, die im Konkurrenzkampf erlaubt oder manchmal auch nicht erlaubt sind, durch Klame und verlockende Verheißungen, Überbietung der Versprechungen der anderen durch lauterer und unlauteren Wettbewerb, auch durch Schwindelmanöver und allerlei Kniffe und Pfiffe, — geschieht nicht ebendasselbe auch bei den Parteien, nur daß hier die Kunden den Namen „Wähler“ führen? Wirtschaftliche Unternehmungen pflegen einen gewissen Stamm von Kunden zu besitzen, den sie als wertvolles Aktivum in den Truf mit einbringen. — ist es nicht ebenso bei den politischen Parteien und Gruppen mit ihrem festen Anhang von Wählern? Und wie schön summieren sich diese Kundenbeziehungswiese Wählerziffern,

und um wieviel sicherer kann man sie als Aktivium zählen, wenn die leidige Konkurrenz wegfällt, und wieviel Spesen und Geschäftskosten für Propaganda, Organisation und Betrieb können alsdann im einen wie im anderen Falle erspart werden!"

Das „B. T.“ bestreitet dann — in längeren Ausführungen, die uns nicht interessieren — daß auf diesem Wege der „Vertrufung“ verschiedener Parteien es gelingen werde, die Wählerzahl zu vergrößern. Wir geben ihm darin vollkommen recht. Nur ist nach unserer Meinung diese ganze Spekulation auf den Wählerfang eine der Ursachen des liberalen Niederganges in Deutschland. Eine Partei muß bestimmten Zielen nachstreben und es der Werbekraft dieser Ziele überlassen, für Anhänger und Wähler zu sorgen. Die Sucht nach Wählern — d. h. nach Mandaten — verführt dazu, daß man es jedem recht zu machen sucht, um seine Stimme zu erhaschen und dann wird eben aus der Politik ein Geschäft.

In Mugnade gefallen.

Aus Straßburg wird geschrieben:

Man erinnert sich des Falles Curtius, der vor Jahresfrist so unangenehmes Aufsehen erregte. Dr. Curtius, der Präsident des Konfistoriums Augsburgischer Konfession ist, gab die bekannten Hohenloheschen Memoiren heraus, die das Mißfallen Kaiser Wilhelm II. in hohem Grade erregten. Die Folge war die, daß Prinz Hohenlohe, der Bezirkspräsident in Oberelsaß war, seine Demission geben mußte. Aber auch Dr. Curtius traf der kaiserliche Unwille. Als der Kaiser in Straßburg anwesend war, wurde Curtius — nicht zur Tafel geladen. In protestantischen Kreisen war die Enttäuschung groß, da man in dieser Ignorierung eine Brückensicherung der Protestanten überhaupt sah. Der Wunsch Berlins ging aber nicht in Erfüllung. Curtius blieb in seiner Stellung. Indes wurde er auch dieses Jahr nicht geladen. Um jedoch die Protestanten nicht zu verletzen, hat man ein anderes Mitglied des Konfistoriums zur kaiserlichen Tafel zugezogen. Damit werden die wackeren Protestanten nun wohl befriedigt sein.

Aristokratischer Güterverkauf an Polen.

Vor mehreren Wochen ging die Meldung durch die Presse, daß das preussische Herrenhaus-Mitglied v. Gordon mit dem bekannten polnischen Agenten Biedermann wegen Verkaufs seiner städtischen Güter in Unterhandlung stehe. Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnete das als „nationalen Verrat“, und Herr v. Gordon sah sich schließlich auf diese Angriffe hin genötigt, eine Erklärung zu veröffentlichen, worin jene Nachrichten als falsch bezeichnet wurden. Nun aber druckt die „Schlesische Zeitung“ folgendes Schreiben vom 26. April ab, das Biedermann an polnische Besitzer richtete:

Guer Hochwohlgeboren haben wir die Ehre, vertraulich mitzuteilen, daß ein sehr wohlhabender, der hohen Aristokratie angehörender deutscher Bürger, Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit, welcher gemeinschaftlich mit dem Herzog Günther das Enteignungsgesetz energisch bekämpfte, Besitzer großer Ländereien, der gegenwärtigen preussischen Politik gänzlich abgeneigt und ein persönlicher Gegner des fürstlichen Willens und seine umfangreichen, in Großpolen belegenen Besitzungen direkt zum Verkauf angeboten hat. Wir haben die Eigenschaften in diskreter Weise und im persönlichen Besitze des Besitzers besichtigt. Der Erwerb solcher Landgebiete aus deutscher Hand wäre die würdigste Antwort auf das beschlossene Enteignungsgesetz. Das wäre gleichzeitig eine praktische geistige Kritik des preussischen Systems durch einen maßgebenden deutschen Aristokraten, und schließlich wäre das ein unwiderlegbarer Beweis der bedeutenden Lebens- und aussergewöhnlichen Widerstandskraft Großpolens, was in launem Echo widerhallen würde in allen drei Landesteilen und sogar weit über die Grenzen derselben hinaus.

Danach scheinen die Dementis des Herrn v. Gordon große Ähnlichkeit mit denen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu haben.

Zentrumsbauern gegen die Erbschaftsteuer.

Der Rheinische Bauernverein ist eine im Fahrwasser des Zentrums segelnde Organisation, die allerdings dem Zentrum manchmal schon recht trübe Stunden bereitet hat. Die „Rheinische Volksstimme“, das Organ dieser Organisation, kauft jetzt Sturm gegen die geplante Ausdehnung der Erbschaftsteuer und kommt zu dem Schluß: „Einer für alle! Alle für einen! heißt jetzt das Feldgeschrei. Setzt kann der Kanzler zeigen, ob er in Wahrheit ein agrarischer Kanzler sein will, oder ob er mit dem Auspruch nur eine unerbittliche Lebenswürdigkeit ausgesprochen hat, die man nach Ansicht mancher Leute nicht zu erfüllen braucht. Die Landwirtschaftskammern, die christlichen Bauernvereine und die landwirtschaftlichen Vereine müssen jetzt schon die vielen Hunderttausende, die ihnen die Wahrung ihrer Rechte anvertraut haben, sammeln und um sie kämpfen. Setzt schon, je früher, desto besser. Die Regierung darf nicht im unklaren darüber gelassen werden, daß die deutschen Bauern wie ein Mann zusammenstehen, wenn eine ungezügelt Hand an die festen Bande der Familie rührt und sie zu lockern sucht.“ — Gut gebrüllt, Löwe!

Als Finanzstrategie

Ist sich der Abgeordnete Müller-Meinungen jetzt auf, derselbe Herr, dessen Blockstrategie beim Reichsvereinsgesetz so herrliche „Erfolge“ erzielte, daß die Parteigrundzüge der Freisinnigen, zu denen Herr Müller zählt, dabei völlig unter die Räder gerieten. Ein ähnliches Spiel, wie Herr Müller und seine Blockgenossen bei den Verhandlungen über das Vereinsgesetz spielten, will er nunmehr auch bei der „Reichsfinanzreform“ ins Werk setzen. Im bereits erwähnten Septemberheft der „Neuen Revue“ veröffentlicht er einen Artikel über „Liberalismus und Finanzreform“, in dem er erst ein lauges und breites über die einzelnen in Betracht kommenden Steuern erzählt und dann zu folgendem Schluß kommt:

So wird man dann nötigenfalls auf anderen, das Lebensinteresse des Reiches nicht bedingenden Gebieten der Regierung zeigen können, daß die Freisinnigen nicht gewillt sind, einer Regierung besondere Gefälligkeiten zu erweisen und besonders Veranlassungen auszubringen, die sich gegenüber ihren eigenen Organen anständig zeigen, ihre Wort zur Durchführung zu bringen. Aber die Reform der Finanzpolitik des Reiches scheint die denkbar schlechteste Gelegenheit zu solcher

Mißtrauens- und Gebung gegen die preussische Regierung! Schon die bisherige Politik in der liberalen Presse über die Taktik zeigt, daß für die absolut notwendige Geschlossenheit des Vorgehens der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft in dieser taktischen Frage wiederum die Gefahr der Zukunft schlummern kann. Ich fürchte sie nicht! Die Entwicklung der Dinge hat gezeigt, daß die Politik der Linksliberalen bei der Annahme des Vereinsgesetzes — trotz des Schönheitsfehlers des § 7 — die richtige war. . . . Hoffen wir, daß auch die nächste Winterkampagne den Linksliberalismus in voller Einigkeit und Geschlossenheit zur Erledigung einer Aufgabe sieht, die wir nicht irgend einer Person und ihrer politischen Stellung zuliebe, sondern einzig und allein im Interesse des Reiches zu lösen verpflichtet sind.“

Wenn die Freisinnigen sich verpflichtet fühlen, die Finanzfrage lösen zu helfen, so werden sie sie so lösen helfen müssen, wie die übrige Blockpartei es will, d. h. wenigstens in der größten Hauptsache durch Bewilligung neuer indirekter Steuern. Das verstößt zwar gegen die liberalen Parteigrundzüge, aber Herr Müller-Meinungen wird die Sache schon managen. Beim Vereinsgesetz handelte es sich um den Grundsatz der Rechtsfreiheit aller Staatsbürger. Er wurde über Bord geworfen. Bei der Reichsfinanzreform wird man es mit den steuerpolitischen Grundsätzen ebenso machen.

Die Dementispritze.

Wie eine Berliner Korrespondenz an zuständiger Stelle erfahren haben will, sind die Gerüchte von einer neuen großen Militärvorlage völlig aus der Luft gegriffen. Erst nach Ablauf des Septembers kommt eine neue Militärvorlage in Betracht.

Es wird also lediglich bestritten, daß dem Reichstag in den nächsten Monaten keine Militärvorlage zugehen wird. Das Septenat läuft 1910 ab, demnach muß sich der Reichstag im Winter 1909 mit einem neuen Militärgesetz befassen und daß dieses erhebliche Neuforderungen stellen wird, das bestreitet selbst obiges Dementi nicht. Im Grunde genommen läuft also die ganze Dementiererei auf eine Wortklauberei hinaus.

Wozu man Militär braucht!

Der Gemeindevorstand in Fabrze hat einem Telegramm des „Berliner Tageblatt“ zufolge einen Antrag beim Kriegsministerium gestellt, Fabrze zur Garnisonstadt zu machen. Begründet wird der Antrag damit, daß die Bevölkerungsziffer 100 000 Seelen überschreitet; ferner wird die überhand nehmende polnisch-nationale Bewegung angeführt, und der schwerwiegendste Grund darin gefunden, daß der fiskalische Erubensbesitz der dortigen Gegend, in dessen Anlagen 60 Millionen Mark investiert sind, nicht hinreichend gesichert erscheint. Wie die „Schles. Zeitung“ hört, hat sich der Handelsminister kürzlich bei seiner Anwesenheit in Obereschlesien lebhaft für das dortige Bestreben interessiert.

Also um die Polenpolitik wirksam unterstützen zu können, und um dem Eigentum einen größeren Schutz angedeihen zu lassen, wird eine Garnison gewünscht. Beweise für die Bedrohung des Eigentums sind nicht nötig, sie könnten auch kaum erbracht werden. Vielleicht begründet aber der Kriegsminister eine Vermehrung des Militärs mit dem Hinweis auf die — Polengefahr. Das wäre wenigstens einmal ein neues Argument.

Portugal.

Über die immer bedenklicher werdende politische Lage wird von der „Schles. Ztg.“ gemeldet: Die Republikaner sind entschlossen, in der nächsten Zukunft, vielleicht schon vor Ende dieses Monats, die dem Königs-mord entgangenen Mitglieder der Dynastie, den König Manuel und seine Mutter, Königin Amalie, durch einen Gewaltstreich zu beseitigen. Die Regierung, der die Vorbereitungen zu einem zweiten Königs-mord nicht unbekannt sind, wagt es nicht, gegen die Umstürzler vorzugehen. Der König und seine Mutter empfehlen übrigens selbst stets nur eine beschwichtigende Haltung gegenüber dem drohenden Aufruhr.

Schleswig-Holsteinischer Parteitag.

J. St. Am gestrigen Sonntag trat im stolzen Heim der Kieler Arbeiterkassette, dem Gewerkschaftshaus, der Parteitag für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck zusammen. Im herrlich geschmückten geräumigen Saal hatten sich außer den Delegierten zahlreiche Kieler Genossen und Genossinnen eingefunden. Nachdem etwa 200 Arbeiterkassette ein stimmungsvolles Begrüßungslied vorgetragen hatten, begrüßte Genosse Söhner namens der Kieler Genossen die Erschienenen. Er gab ein anschauliches Bild von der Entwicklung der Kieler Parteibewegung und wünschte dem Parteitag ein ersprießliches Arbeiten. Sodann eröffnete Parteisekretär Genosse Bartels den 17. Parteitag mit herzlichen Begrüßungsworten. Insbesondere hieß er den Vertreter der dänischen Bruderpartei, Genosse Sundho, willkommen. Dieser dankte mit herzlichen Worten, in denen er die internationale Sozialdemokratie feierte. Im Namen des Parteivorstandes begrüßte Genosse Reichstagsabgeordneter Mollenhuth den Parteitag. Nachdem das Bureau und die Mandatsprüfungskommission bestimmt waren, erfolgte die Festlegung der Tagesordnung in der von der Agitationskommission vorgeschlagenen Fassung.

In der Nachmittagssitzung ergänzte Genosse Bartels den Bericht der Agitationskommission, den wir bereits auszugeweiht wiedergegeben haben. Redner rügte, daß Kiel es abgelehnt hatte, am 18. März sich an den Demonstrationen gegen das Dreiklassenrecht zu beteiligen. Mindestens hätten hier Abendveranstaltungen abgehalten werden müssen. Zur preussischen Landtagswahl bemerkte Redner, daß fast allenthalben in Schleswig-Holstein sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt seien. Mit den Erfolgen der Wahl könnten wir zufrieden sein; sie stellten einen mächtigen Protest gegen das Wahlsystem zum preussischen Landtag dar. Gegen das Reichsvereinsgesetz sei eine rege Propaganda entfaltet worden — leider ohne Erfolg. Die Zahl der organisierten Genossen und Genossinnen betrage rund 35 000; immerhin sei hier noch manches nachzuholen. Das Verhältnis zwischen diesen und den sozialdemokratischen Reichstagswählern resp. den Gewerkschaftlern in dem Agitationsgebiet sei kein gutes. Der Rückgang der Presse sei bedauerlich, aber in der Krise begründet. Die „Gleichheit“ habe an Leserninnen zugenommen. Mancherlei Klagen über den zu hohen zeitigen Inhalt der „Gleichheit“ seien laut geworden. Diese seien nicht ganz unbegründet; man

dürfe aber nicht vergessen, daß die Leserschaft des Blattes eine zu verschiedenartige sei, soweit das geistige Niveau in Frage komme. Die „Landpost“ habe sich allenthalben gut eingebürgert. Der Organisierung der Landarbeiter sei mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken; hier habe das Fürstentum Lübeck ganz annehmbare Erfolge aufzuweisen. Auch der Frauenorganisation müsse mehr Beachtung zuteil werden, desgleichen der Heranziehung der Jugend. Die bisherigen Jugendorganisationen sollten bestehen bleiben, es sei zu wünschen, daß der Parteitag in Nürnberg sich entgegen dem Hamburger Gewerkschaftskongress für den weiteren Ausbau der Jugendorganisationen erkläre. Auch die Frage der Maifeier müsse anders geregelt werden, als es durch das Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission bezüglich der Unterstützungsfrage geschehen sei. Das Abkommen sei einem langsamen Abmürken der Maifeier gleich. Am Schlusse seines Berichtes gedachte der Redner der bevorstehenden obdenburgischen Landtagswahlen im Fürstentum Lübeck. Der Parteitag wünsche den rührigen Genossen gute Erfolge und zweifellos werde derselbe nicht abgeneigt sein, den Genossen im Fürstentum durch die Tat helfend zur Seite zu stehen.

In der Diskussion verteidigte Genosse Klüß-Kiel das Verhalten der Kieler Genossen am 18. März. Die wirtschaftliche Depression, sowie der Bremererlaß des Parteivorstandes seien der Anlaß hierzu gewesen. Die Abenddemonstrationen seien den Kielern nicht ausreichend genug gewesen und darum, sowie als Protest gegen den Bremererlaß des Parteivorstandes sei von jeglicher Demonstration Abstand genommen worden. Mit dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses hinsichtlich der Jugendorganisation sei auch er nicht einverstanden. Das Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission bezüglich der Maifeier sei nicht durchführbar. — Genosse Radloff-Neumünster erhob Protest gegen die Behandlung der Frage der Jugendorganisation auf dem Gewerkschaftskongress seitens des Genossen Schmidt. Die Gewerkschaften könnten sich der Jugendorganisation gar nicht genügend widmen. Das hätten selbst Mitglieder der Jugendabteilungen einzelner Gewerkschaften zugegeben. Redner beantragte die Annahme einer Resolution, in welcher das Bestehen freier Jugendorganisationen als notwendig anerkannt wird. — Genosse Legien verteidigte das Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission bezüglich der Maifeier. Dasselbe ändere an dem bisher bestehenden Zustande so gut wie gar nichts. Man wolle nur die Partei mit zur Unterstützungleistung an die Ausgesperrten heranziehen. Den einzelnen Gewerkschaften stehe es frei, die Unterstützungsfrage zentral zu regeln. Es heiße in der Vereinbarung, daß ein Anspruch auf Unterstützung der Ausgesperrten aus der Zentralkasse nicht bestehe. Die Möglichkeit einer zentralen Regelung sei also gegeben. Redner ersuchte, zunächst abzuwarten, was die Praxis auf Grund dieses Beschlusses lehre. Man möge bessere Vorschläge machen. Erneute Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission hätten ergeben, daß man keinen anderen Weg bezüglich der Unterstützungsregelung gefunden habe. Das Verantwortlichkeitsgefühl müsse auch an den einzelnen Orten gestärkt werden. Das bezwecke die örtliche Regelung der Unterstützungsfrage. Durch die Gewerkschaften sei tatsächlich eine Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt. Hinsichtlich der Jugendorganisationen wies Redner darauf hin, daß die Resolution des Gewerkschaftskongresses einem Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission entspricht. Die Jugendorganisationen hätten das Recht gehabt, auf dem Gewerkschaftskongress ihren Standpunkt zu vertreten. Jetzt solle mit aller Energie an die Erziehung der Jugend herangegangen werden. Der Gewerkschaftskongress habe dokumentiert, daß die Gewerkschaften nunmehr diesem Ziele zustrebe. Die Jugendorganisationen seien nur Durchgangsstationen für die Jugend. Unsere Jugend soll erzogen werden nicht durch junge Burken, sondern durch gereifte Genossinnen und Genossen. Eine andere Frage von großer Bedeutung sei die Frage der Beitragsleistung. Der junge Mann habe meistens kein Geld, wenn er es sich nicht durch Demogelei erwerbe. Mit den paar Groschen der Jugendlichen sei nichts auszurichten. Hier müßten Partei und Gewerkschaften helfen. Redner ging sodann in kurzen Umrissen auf die gedachte Form der Organisationen der Jugendberziehung ein. — Genosse Mollenhuth begründete zunächst den Standpunkt des Parteivorstandes bezüglich der Maifeier. Die Geldfrage sei die Hauptfrage. Die Zentrale der Partei könne nicht die enormen Mittel zur Unterstützung der Ausgesperrten mit aufbringen. In den Orten aber, wo man die Maifeier durch Arbeitsruhe begehen wolle, solle man rechtzeitig die notwendigen Gelder sammeln. Die Statuten der Zentralverbände der Gewerkschaften beständen jedoch zu Recht. Wer statutarischen Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen habe, solle ja auch nach wie vor hieraus seine Gelder beziehen. Hinsichtlich der Jugendorganisationen habe er (Redner) bereits in Bremen auf dem Standpunkt gestanden, den Parteivorstand und Generalkommission heute einnehmen. Die bürgerlichen Parteien gründen Jugendorganisationen, weil sie selbst in ihren Reihen keine Ideale mehr haben und die Jugend nach Idealen verlangt. In unserer Partei aber haben wir alle Ideale, ob wir jung oder alt sind. Deshalb brauchen wir keine Partei der Jugendlichen innerhalb unserer Partei. Die Idealisten müssen in der Partei das treibende Element sein. — Genosse Adler-Kiel hat gegen den Bericht einige Einwendungen zu erheben. Die Landarbeiterorganisationen müßten mehr als bisher, z. B. durch wandernde Arbeitersekretäre, gefördert werden. Die Maifeier-Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission entsprechen nicht dem Beschluß der deutschen Delegation in Stuttgart. Die Abmachungen haben nur als Bremsen gedient. Die Führer der Bewegung in Partei und Gewerkschaft sollten nur solche Vorschläge machen, denen wir zustimmen können. Das Verantwortlichkeitsgefühl ist bei den Gewerkschaftsführern sehr stark, ja zu stark geworden. Nun bremsen Partei und Gewerkschaften. Die Erklärungen Legiens müssen allen Arbeitern zugänglich gemacht werden, damit sie erkennen, daß man nicht bremsen wolle. Die Jugendorganisation muß selbstständig sein; man darf keine Zwangsfortbildungsschule schaffen. Man brauche nicht neue selbstständige Jugendvereine zu gründen, wo sie bestehen, sollen sie aber bestehen bleiben. — Genosse Klüßger-Wandsbeck hat einige Monitas vorzubringen. Die Maifeier hat ihren Zweck verfehlt; sie ist krank. — Genosse Stellung-Lübeck wandte sich gegen Genossen Legien. Wenn wirklich das Abkommen bezüglich der Maifeier so auszuliegen sei, wie er frage, warum hat man dann nicht klipp und klar das zum Ausdruck gebracht, was man wolle? Die Entrüstung der Genossen bei Empfang des Zirkulars sei berechtigt gewesen. Bezüglich der Jugendorganisation müsse Protest eingelegt werden dagegen, daß man jetzt von einer Erdrosselung der Jugendvereine spreche. Hieron könne gar keine Rede sein. Man wolle nur ausbauen, nicht vernichten. Redner ersuchte um Ablehnung des Antrages Radloff und Zustimmung zu den Vorschlägen des Parteivorstandes und der Generalkommission.

Bevor Vertagung eintrat, erstattete Genosse Gering den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 71 männliche und 9 weibliche Delegierte, sowie Vertreter der

Agitationstommission, des Parteivorstandes, der Presse, sowie Reichstagsabgeordnete resp. Kandidaten anwesend. Das Institutum Lübeck ist vertreten durch 3 männliche und 1 weibliche Delegierte, sowie dem Zentralvorstandes und dem Reichstagskandidaten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 31. August.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Heidenreich u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Flinshausen, Grünmühle, Hafentstraße, Siebhar Marli, Ralkenhof bei Schwartau. Als Akkordanten fungieren F. Mädel, Krempeisdorfer Chaussee und Zabs, Werderstraße.

Achtung Bauarbeiter! über die Siebhararbeiten in der Maellstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und F. Zabs im Flinshausen und Hafentstraße (Grünmühle) verhängt.

Von der Straßenbahn. Seit dem Zeitpunkt, da der Staat die Lübecker Straßenbahn übernommen und die Absicht bekundet hat, eventuell diese Linie an die Berliner Gesellschaft, welche die Allgemeine Lokal- und Straßenbahn mit anschließendem Gewinn für die Aktionäre betreibt, zu verpachten, mehren sich die Stimmen, welche Kritik an der Verkehrspolitik der „Allgemeinen“ üben. Von unserer Seite ist der Plan, die eben erworbene, sich ausgezeichnet entwickelnde Bahn an eine Privatgesellschaft zu verpachten oder gar zu verkaufen, das entscheidendste bekämpft worden. Wir meinen, daß derartige wichtige Verkehrsmittel, wie Straßenbahnen es zweifellos sind, in städtischer Regie betrieben werden müssen, da einerseits dann für den weiteren Ausbau nicht finanzielle Rücksichten, sondern Rücksichten auf die Bedürfnisse und das Interesse unserer Bevölkerung maßgebend sein müssen und weil andererseits eventuelle Überschüsse nicht einzelnen Aktionären, sondern der Allgemeinheit zugute kommen. Daß die Straßenbahnverhältnisse in Lübeck besonders glänzenden sind, ist eine bekannte Tatsache; ebenfalls, daß man bringenden Verkehrsbedürfnissen so gut wie nie Rechnung getragen hat. Eine Änderung in dieser Beziehung ist durch den staatsseitigen Ankauf der Marli-Bahn ermöglicht, wenn die Behörden den ersten Willen dazu zeigen. Bisher hat die Öffentlichkeit von einer derartigen Absicht jedoch nur wenig erfahren. Nur von der Verpachtung der Linie gegen eine verhältnismäßig geringe Summe wurde gesprochen. Als unser Genosse Stellung am 27. Juli in der Bürgerchaft an den Senat die Frage richtete, was denn an all diesen Gerüchten wahr sei, erklärte Senator Dr. Fehling, er sei nicht in der Lage, diese Frage kurzgefaßt zu beantworten. Der Senat habe eine Kommission eingesetzt, um über verschiedene unsere Straßenbahn betreffende Angelegenheiten zu beraten und ihm zu berichten. Der Bericht sei noch nicht erstattet. Nach keiner Richtung wäre es opportun, im gegenwärtigen Augenblick in der Bürgerchaft über die Angelegenheiten der Straßenbahn zu diskutieren. So die Senatsklärung Ende Juli: Man mußte danach zu der Ansicht kommen, die Verhandlungen seien im vollen Gange. Mittlerweile hat sich die Presse mit der Straßenbahn-Angelegenheit wiederholt beschäftigt; nun endlich, am letzten Sonnabend, hat die Allgemeine Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft selbst das Wort genommen, indem sie an den „Landboten“ ein Schreiben sendet, in welchem es heißt:

„Bereits im Frühjahr 1907 sind wir mit dem förmlichen Antrag, einen durchgehenden Verkehr von der Nord-Süd-Linie über den Kohlmarkt nach St. Lorenz einzurichten, und demnach den jetzigen Umsteige-Verkehr beseitigen zu dürfen, an die Behörde herangetreten. Nachdem uns daraufhin behördlicherseits zu erkennen gegeben war, daß die Behörde vor Stellungnahme zu diesem Spezial-Antrag mit uns über durchgreifende Änderungen in den Straßenbahnverkehrs-Verhältnissen in Verhandlung zu treten wünsche, haben wir dieser uns entgegengebrachten Anregung gern entsprochen. Seitens der Behörden wurde der Schwerpunkt bei diesen Verhandlungen darauf gelegt, daß einerseits die Verkehrs- und Betriebsverhältnisse, insbesondere auch durch Ausbau weiterer Linien verbessert, andererseits aber die Stadt, mehr als es nach dem bestehenden Vertragszustande der Fall ist, an unserm Betriebsertragnis finanziell beteiligt würde. Im Laufe der intensiv geförderten Verhandlungen kamen die Beteiligten zu der Auffassung, daß eine großartige Gestaltung der Lübecker Verkehrsverhältnisse eine Vereinheitlichung des gesamten Straßenbahnbetriebs zur Voraussetzung habe. Aus dieser Erwägung heraus wurde von den Vertretern der Stadt der Ankauf der Lübecker Straßenbahn in Anregung gebracht. Nach dem Übergang der Bahn in den Besitz der Stadt wurden wir aufgefordert, unsere Vorschläge für die Ausgestaltung der Straßenbahn-Verhältnisse, unter Einbeziehung der nunmehr städtischen Bahn in unserm Betrieb und unter Gewährung gesteigerter Abgaben an die Stadt, in Form eines Vertrags-Angebotes den Vertretern der Stadt entgegen zu bringen. Dieser Aufforderung haben wir entsprochen. 1. Wir haben uns erboten, den Betrieb der städtischen Bahn pachtweise zu übernehmen und zwar gegen eine Pachtsumme von 35 000 Mk. unter Übernahme sämtlicher Unterhaltungs- und Erneuerungskosten. 2. Wir haben uns erboten, der Stadt an Stelle der bisherigen Extrazugabgabe von etwa 1800 Mk. eine Abgabe von der Extra-Fahrgeldbeimnahme des gesamten Unternehmens einschließlich der Marli-Linie mit progressiv ausgestalteten Sätzen von 2 bis 5 % in minimo garantiert mit 15 000 Mk. zu zahlen. 3. Wir haben uns verpflichtet, sofort folgende Linie auszubauen: a. Fackelburger Allee—Vorwerker Friedhof, b. Bahnhofsplatz—Güterbahnhof, c. Äußere Gollfenbrücke—Möslinger Allee—Koter Böwe, d. Mühlenortbrücke—Rageburger Allee—Gute Rahlhorststraße. Die Linien c und d waren zusammenhängend in der Weise projektiert, daß eine neue fortlaufende Betriebslinie Möslinger Allee—via Gollfenbrücke—Sandstraße—Mühlenort eingerichtet würde. 4. Ferner haben wir eine Ausführung unserer jetzigen Gollfentor-Linien über den Bahnhofsplatz und die Einrichtung einer durchgehenden Linie Krempeisdorf—Mühlenort angeboten, sodas unter Berücksichtigung der Rageburger Allee—Möslinger Allee-Linie und der Linie Krempeisdorf—Mühlenort auf der Strecke Mühlenort—Brücke—Kohlmarkt ein 2 1/2 Minuten, auf der Strecke Kohlmarkt—Rindensplatz ein 3 1/2 Minuten-Verkehr geschaffen wäre. 5. Wir haben uns ferner bereit erklärt, für den Fall der Erbauung der neuen Hochbrücke eine in beiden Richtungen zu betreibende Ringlinie Bahnhof—Gollfenbrücke—Markt—obere Hügelstraße—Königstraße—Burgtor—Hochbrücke—Schwartauer Allee—Bahnhof einzurichten. 6. Wir haben uns endlich erboten, bei ausreichender Zunahme der Bevölkerung im Industriebezirke die Forsthallen-Linie bis an die Herrenbrücke zu verlängern, auch abgehen hiervon bei zunehmender Bevölkerung vom Jahr 1912 ab eine weitere Ausdehnung unseres Netzes in Stadt und Vorstädten nach Wunsch des Senates vorzunehmen. 7. Wir haben uns weiter bereit erklärt, die Fahrkarten-Automaten nach dem Muster der städtischen Bahn auf sämtlichen Linien

einzuführen und unter Einhaltung des 10 Pf.-Einheitsstarfs von und nach allen städtischen und vorstädtischen Linien den Umsteigeverkehr zuzulassen. Nachdem dies Vertragsangebot den Vertretern der Behörden überreicht war, fand Anfang dieses Monats eine Verhandlung in Lübeck statt. Hier wurde uns die Forderung entgegengebracht, daß die Stadt Lieferantin des Stromes werden müsse und zwar, wenn nicht für unsern gesamten Betrieb, so doch für die Marli-Linie und sämtliche neu herzustellenden Strecken. Unsererseits ist demgegenüber dargelegt, daß der Strombezug von der Stadt in ganz erheblichem Maße unsern Betrieb verteuern müsse und daß wir von der vollen Ausnutzung unserer mit sehr bedeutenden Kosten errichteten Kraftstation unmöglich Abstand nehmen könnten, — um so weniger, als die von uns angebotenen finanziellen Leistungen auf Basis unserer bisherigen wesentlich geringeren Stromkosten kalkuliert seien. Behördlicherseits wurde uns darauf eröffnet, daß der Abschluß eines Vertrages alsdann für die Stadt kein Interesse habe. In eine Erörterung unseres Vertragsangebotes wurde darauf garnicht erst eingetreten. Auch nachdem somit die Vertragsverhandlungen gescheitert sind, haben wir umgehend uns erboten, die Linie Möslinger Allee—Rageburger Allee zu bauen und wiederholt ersucht, den Durchgangsverkehr vom Mühlenort über den Kohlmarkt, zwecks Betreibung der Linien Rageburger Allee—Möslinger Allee und Mühlenort—Krempeisdorf zuzulassen. Ein Bescheid auf diesen unsern Antrag ist bis jetzt nicht ergangen.“

Danach scheint ja die Allgemeine Lokal- und Straßenbahn den Willen zu haben, einen Ausbau ihrer Linien vorzunehmen. Die Verhandlungen mit dem Staat bezüglich der Übernahme der Marli-Bahn haben zu keinem Resultat geführt; das begrüssen wir auch nach der langen Äußerung der „Allgemeinen“. Nun muß es aber Sache der Verwaltungsbehörde sein, mit Vollkraft für eine Verbesserung unserer Straßenbahnverhältnisse zu sorgen; die entsprechenden Mittel und Wege dafür sind ja vorhanden.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am nächsten Montag morgen um 10 Uhr statt.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 29. August, morg. 6 Uhr: Wasser 16, Luft 14; 10 Uhr: Wasser 16 1/2, Luft 19; mittags 12 Uhr: Wasser 16 1/2, Luft 20; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 18 1/2, Grad Celsius. — Sonntag, den 30. August, morgens 6 Uhr: Wasser 16, Luft 13; 10 Uhr: Wasser 16 1/2, Luft 20; mittags 12 Uhr: Wasser 16 1/2, Luft 21 Grad Celsius.

Ein verurteilter Hochstapler. Die Strafkammer des Landgerichts in Aurich verhandelte gegen den Hochstapler Zehnhoff genannt Winter, der nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt zu Olesbshausen in Lehe und Lübeck als Kapitän austrat und sich dann nach seiner Heimatstadt Leer wandte, wo er als Kapitän Quintel vom Nordb. Lloyd in Bremen auftrat und verschiedene „Schuldscheine“ prellte. Er flüchtete nach Holland, wo er festgenommen wurde. Das Urteil lautete mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des Angeklagten, worunter nicht weniger als 21 Jahre Jahre Zuchthaus, auf 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Wegen der in Lehe und in Lübeck verübten Straftaten wird sich Zehnhoff vor dem dort zuständigen Gerichte zu verantworten haben, so daß ihm noch ein erheblicher Zuwachs zu seiner Strafe in Aussicht steht.

Eine Anzahl Kriegsschiffe (Linienchiffe und Torpedoboote) ankert seit Sonnabend auf der Travemünder Reede resp. hat im Travemünder Hafen festgemacht. Die hiesige bürgerliche Presse berichtet ob dieses großen Ereignisses natürlich eifrigsten Artikels.

Leichensund. Gestern nachmittag fanden spielende Kinder im Kanal bei der Burgtorbrücke die in einer Pferdebede eingewickelte Leiche eines neugeborenen Kindes. Ob ein Verbrechen vorliegt wird die Untersuchung ergeben müssen.

pb. Diebstahl. In der Nacht vom 29./30. d. M. ist in dem Restaurant eines hiesigen Hotels ein dunkelgrüner, sogenannter Sackalet abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Ringkämpfe im Haus-Theater. Nachdem der Hamburger Winger, der Rheinländer Grunewald und der Ungar Karoly ebenfalls nach viermaliger Niederlage ausgeschieden sind, bleiben nunmehr nur noch vier Kämpfer übrig: Apollon, Carlos, Siegfried und Jackson. Der heutige Kampf zwischen Apollon und Siegfried wird ausschlaggebend sein für den ersten und zweiten Preis, während die letzten beiden um den dritten und vierten Preis kämpfen. Mit allgemeiner Spannung sieht man dem Ausgang dieser beiden Kämpfe entgegen. Nach Beendigung der Kämpfe folgt sofort die Preisverteilung, wie folgt: Erster Preis 1200 Mk., zweiter Preis 800 Mk., dritter Preis 600 Mk., vierter Preis 400 Mk.

Stadthallentheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Für das Dienstag stattfindende Benefiz des Herrn Haeverlein: „Johannisfeuer“ von Sudermann, macht sich, wie wohl nicht anders zu erwarten, ein reges Interesse bemerkbar, hat doch der jugendliche Künstler durch seinen festen Fleiß sich längst die Sympathien des Publikums in hohem Maße erworben. Außerdem wird der hier im besten Andenken stehende Herr Georg Braas in der Rolle des Bogelreuter ein kurzes Gastspiel eröffnen, welches von allen Theaterbesuchern mit Freuden begrüßt wird. Am Mittwoch findet keine Vorstellung statt, da das Theater dem Landes-Kriegerverband für die Sedanfeier überlassen; für die dadurch ausfallende 89. Abonnement-Vorstellung stehen den Abonnenten Ersatzkarten zum beliebigen Gebrauch an der Theaterkasse zur Verfügung.

Möslinger Laffalleier. Unter überaus zahlreicher Beteiligung fand hier vergangenen Sonnabend die Laffalleier statt. Eingeleitet wurde dieselbe durch einige stimmungsvolle Lieder des Arbeitergesangvereins. Genosse Schneider-Lübeck hielt die Festrede. In kurzen Strichen entwarf Redner ein anschauliches Bild von dem historischen Werdegang der modernen Arbeiterbewegung, gedachte in warmen Worten unseres gewaltigen Vorkämpfers Ferdinand Lassalle, der als einer der ersten die Arbeiterschaft zu bewusster Agitation und Organisation aufrief. Im Geiste Lassalles gelte es nun weiter zu wirken und den Boden zu ebenen zur Schaffung eines freien Volksstaates, getreu den Worten Lassalles: „Die Arbeiterschaft, sie ist der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut wird.“ Lebhafter Beifall folgte diesen tiefempfundenen Worten. Gesangsvorträge und Konzert wechselten nun einander ab. Gegen Mitternacht hatte die Feier ihr Ende erreicht, die gewiß bei allen Teilnehmern volle Befriedigung ausliefte.

Mhrensdorf. Ein braver Parteigenosse, der Brotführer Emil Rehner, ist am Sonnabend morgen plötzlich aus unserer Mitte gerissen worden. Jedenfalls bei seiner Arbeit hatte er sich eine ihm unbedeutend erscheinende Verletzung zugezogen. Er achtete derselben nicht, bis fürchterliche Schmerzen — hervorgerufen durch Vergiftungserscheinungen — ihn zwangen, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Leider kam diese zu spät. Trotzdem er sofort nach dem Lübecker Krankenhaus geschafft worden war, erlag er hier doch dem tödlichen Gift. Unser Freund erreichte nur ein Alter von 31 Jahren; er hinterläßt eine Frau und 7 unumgängliche Kinder. Die Genossen im Institutum Lübeck werden dem entschlafenen Freunde und Mitstreiter stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Mhrensdorf. Mit den Landtagswahlen beschäftigte sich eine am Sonnabend bei Herrn Strehle abgehaltene gutbesuchte Volksversammlung. Zunächst widmete Genosse Stellung-Lübeck dem verstorbenen Genossen Rehner einen warm empfundenen Nachruf. Sodann behandelte er eingehend die Landtagswahl zur regen Agitation für dieselbe auffordernd. Eine am Schlusse der Versammlung veranstaltete Sammlung für die Hinterbliebenen des Genossen Rehner ergab einen Betrag von 11 Mk.

Hamburg. Aus den Organisationen. Die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hielt vorwöchige Woche und am letzten Donnerstag zahlreiche besetzte Delegiertenversammlungen ab, in deren ersten der schon von uns auszüglich gebrachte Geschäftsbericht erstattet und allseitig gewünscht wurde, eine lebhaft Agitation zwecks Gewinnung neuer Mitglieder zu entfalten, um so das Verhältnis, das sich in der Zahl der gemeinlich organisierten gegenüber den politisch organisierten — 80 000 : 35 000 — ausdrückt, baldigt zu beseitigen. In der letzten Versammlung begründete Parteisekretär Subbe den Antrag der Vorstände auf Einführung von Unterrichtskursen in Nationalökonomie, Soziologie, Parteigeschichte usw. für Referenten und Parteifunktionäre, an denen pro Semester etwa 25—30 Genossen teilnehmen sollen. Nach langer Debatte wurde dem Antrage zugestimmt und die Vorstände der drei Parteivereine Hamburgs mit besserer Ausführung beauftragt. Veranschlagt wurden die Kosten der Kurse mit etwa 1000 Mark pro Semester.

Hamburg. Totgefahren. Freitag nacht ist am Vorortsbahnhof Rotenburgsort ein unbekannter Mann beim Nachspringen des bereits in Fahrt befindlichen Zuges abgeglitten, unter die Räder gekommen und überfahren worden. Der Unglückliche war sofort tot. Die Leiche kam in das Hafens Krankenhaus. Der Tote ist zirka 30 Jahre alt, 170 Zentimeter groß, hat dunkelblondes Haar, dito Schnurrbart und war mit braunem Manchesterranz sowie Schnurrteife bekleidet.

Kiel. Bei heftigem Gemitter zerplitterte ein Blitzstrahl die Mastspitze des Dampfers „Hollmann“, der mit 500 Arbeitern am Bord zur Abfahrt nach der Kaiserlichen Werft bereit lag. Der Blitz fuhr am Mast und dem Schiffskörper entlang ins Wasser; die Passagiere kamen mit dem Schrecken davon.

Hamburg. „Gutsbesitzer Seidenkranz.“ Dem völlig mittellosen Bäckergehilfen Seidenkranz gelang es, das adelige Gut Lütjenhorn bei See von dem Besitzer Paulow für 150 000 Mk. zu kaufen. Bei der Besichtigung des Gutes fiel es dem Besitzer auf, daß der Käufer auch nicht die geringsten landwirtschaftlichen Kenntnisse besaß; trotzdem schöpfe er keinen Verdacht. Obgleich die Übertragungskosten von beiden Teilen zur Hälfte getragen werden sollten, mußte der Verkäufer doch den Stempel zum Kaufbrief und die Notariatsgebühren, im ganzen reichlich 1200 Mk., allein tragen, weil der Käufer augenblicklich nicht bei Kasse war. Dieser suchte nun durch einen Berliner Geldvermittler, gestützt auf den Kaufbrief, sich Geld zu verschaffen; anfangs verlangte er 40 000 Mk.; später wollte er sich mit 20 000 Mk. begnügen unter Verpfändung des gesamten Viehes und des Inventars, das ihm noch nicht gehörte, da die Auflösung noch nicht erfolgt war. Schließlich merkte der Verkäufer Unrat und er erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Die Verhandlung mußte vertagt werden, weil das Gericht es für notwendig hielt, den Berliner Geldvermittler zu laden.

Hufum. Ausgleichende Block-Gerechtigkeit. Wie von konservativer Seite behauptet wird, soll die Sache des Bürgermeisters Schüking nach der Voruntersuchung nicht gut stehen, da seine schriftstellerische Tätigkeit dazu angetan war, die Autorität des hiesigen Landrats zu untergraben und die Vermutung (!) sehr nahe liegt (!), daß Schüking den Landrat selbst habe treffen wollen. Die Geschichte wird vermutlich so verlaufen, daß Schüking in irgend einer Form verurteilt und mit einer Strafe belegt wird. Damit sind dann die randalierenden Junker zufriedener, wie der Liberalismus zufrieden ist, daß der Regierungspräsident „krank“ wurde. So ist dann beiden Seiten geholfen, der Geleitete freilich ist der Liberalismus trotzdem.

Glückstadt. Ein Schadenfeuer entstand auf dem Gute Stellensteth beim Pächter Feil. Obwohl das Feuer bald bemerkt wurde, gelang es nicht, es mit Erfolg zu bekämpfen. In kurzer Zeit standen Wohnhaus, Viehscheune und Backhaus in Flammen. Gerettet wurden nur einige Mobilien, dagegen sind sechs Kälber mitverbrannt.

Wittenburg. Kindesmord. Ein in Dobo wohnhafter Vogt hatte mit seiner Haushälterin ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Das Kind wurde nach seiner Geburt von den beiden dann in einen Teich geworfen. Dort wurde es gestern gefunden. Der Vogt und seine Geliebte wurden verhaftet und nach Schönberg ins Gefängnis eingeliefert.

Langenhorn. Unverständiges Umgehen mit Feuerwerkkörpern hat hier Sonnabend abend einen schweren Unfall herbeigeführt. Der Maurerlehrling Remstedt hatte sich Böller verschafft, die er zur Feier des bevorstehenden Sedantages mit einem Arbeitskollegen an einem Feldwege abtrennen wollte. Beim ersten Schuß wurde dem Lehrling die rechte Hand abgerissen und die Handwurzel gespalten. Außerdem erlitt der junge Mensch Verletzungen an der linken Hand und im Gesicht. Durch die Sanitätskolonne wurde er ins Eppendorfer Krankenhaus geschafft.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 30. August. Der Werkzeugmacher Karl Bastian wurde in der Sonntagnacht auf der Straße vor seinem Wohnhause von einer Rote von Burtschen überfallen und durch Schläge auf den Kopf getötet. Der Erschlagene, dem die Wunde auch noch die gesamte Backschaft, etwas über 30 Mk., raubte, hinterläßt Frau und sieben unumgängliche Kinder. Die Täter sind im Laufe des Vormittags sämtlich festgenommen worden.

Bromberg, 29. August. Heute morgen wurde der Oberleutnant Hänisch vom 14. Infanterieregiment in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Neben ihm lag gleichfalls tot seine Geliebte, die ehemalige Verkäuferin Martha Eichgrün, die sich vergiftet hatte.

Essen, 29. August. Auf der Zeche Friedlicher Nachbar wurden zwei Bergleute verschüttet und getötet. Auf der Zeche Karl Friedrich sind zwei Arbeiter durch Sprengschüsse lebensgefährlich verletzt worden.

Sarggossa, 30. August. Bei einem Gemittersturm schlug gestern abend der Blitz in einen Fesselballon, der explodierte. Die brennenden Trümmer des Ballons fielen auf die Holzstöbe eines Sägewerks. Die Sägemühle wurde zerstört und drei Personen verwundet.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Holstenhaus

G. m. b. H.

Lübeck

Holstenstrasse.

Doppelte

Rabatt-Markken

10

kolossale Spartage.

Wir verabfolgen vom 1. bis 10. September beim Einkauf von 20 Piennig an

≡≡≡ doppelte Rabattmarken ≡≡≡

Die Einlösung derselben erfolgt am 11. Septbr. in der II. Etage unseres Geschäftshauses an Kasse VI.

Diese Rabatt-Vergünstigung erstreckt sich auf sämtliche Abteilungen des Hauses, und da bei allen Waren die ohnehin billigen Preise belassen wurden, bietet sich eine ganz hervorragende Kaufgelegenheit, besonders zur Anschaffung in
≡≡≡ Herbst-Bedarfsartikeln. ≡≡≡

Es sind zum Verkauf gestellt:

Im Parterre:

Kleiderstoffe in Wolle und Seide. — Leinen. — Baumwollwaren. — Trikotagen. — Schürzen. — Wollwaren. — Handschuhe. — Strümpfe. — Herren-Artikel. — Schirme und Stöcke. — Kurzwaren. — Spitzen und Besätze. — Tapiserie. — Lederwaren. — Bücher. — Schreibwaren. — Bijouterien. — Seifen. — Parfümerien. — Luxus-Artikel.

In der I. Etage:

Damen- u. Kinder-Konfektion. — Joupons. — Pelzwaren. — Damenhüte. — Putz. — Leibwäsche. — Korsetts. — Schuhwaren.

In der II. Etage:

Herren- und Knaben-Konfektion. — Berufskleidung. — Gardinen. — Vorhänge. — Teppiche. — Linoleum. — Decken u. Läufer jeder Art. — Klein-Möbel. — Kunst-Gegenstände. — Optische und photographische Artikel.

In der III. Etage:

Glas. — Porzellan. — Steingut. — Emaille. — Hausstandswaren. — Handwerkszeuge. — Eisen-Kurzwaren. — Reisekoffer. — Reisekörbe. — Spielwaren. — Galanterie- und Holzwaren.

≡≡≡ Lebensmittel. ≡≡≡

Bettstellen und Bettwaren. — Kinderwagen und Sportkarren.

Der Scharfäugige Luchs oder die blinde Kuh.

I.

Wir haben schon mandmal Gelegenheit genommen, aus mit einem Manne zu befehen, der in der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ sein Unwesen treibt und allwöchentlich unter der Stichmarke: „Was lehrt die Zeit?“ seine Weisheit verzapft. Früher schrieb er unter dem Namen Lynkeus — der Luchsäugige, in Anlehnung an das Wort des Turmwächters Lynkeus in Goethes „Faust“, II. Teil, 3. Aufzug, der von sich sagt: „Augenstrahl ist mir verkehren, wie dem Luchs auf hohem Baum!“ Nun hat er sich demaschert und schreibt unter seinem schlicht-bürgerlichen Namen Felix Kuh, verantwortlicher Redakteur der „Arbeitgeber-Zeitung“. Wir müssen gestehen: Der Name paßt besser für ihn, denn was er wochaus wochein jutage förbert, verrät nichts von dem Scharfblick eines Luchses. Es ist meistens ein oberflächliches Geschwätz und würde selbst einem Scharfmachermagen bald fade schmecken, wenn es nicht gewürzt wäre mit gehässigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie und mit bubenhaften Angriffen gegen die moderne Gewerkschaftsbewegung. Der Scribifax läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne den proletarischen Emanzipationskampf zu verhöhnern und die Führer des Proletariats mit Kot zu bewerfen. Deshalb sind wir genötigt, so ungern wir uns mit diesem literarischen Brado beschäftigen, ihn und wider diese männliche Kuh bei den Ohren zu nehmen und ihr das Fell zu geben.

In einer der letzten Nummern der „Arbeitgeber-Ztg.“ behandelt Herr Kuh das Thema von der Öffentlichkeit, indem er in Sägen, die ironisch sein sollen, den Einfluß der öffentlichen Meinung verspottet. Er schreibt nämlich:

„Vor der öffentlichen Meinung eine tiefe Verbeugung zu machen, das gehört zu den unumgänglichen Gepflogenheiten der Neuzeit, es gehört zu den unerläßlichen Bedingungen für alle diejenigen, die sich als byzantinische Verehrer der großen Masse von deren Gunst und Wohlwollen in die Höhe tragen lassen möchten. Aber der Kultus der Öffentlichkeit hat sich nicht allein des politischen Feldes, sondern aller Gebiete des modernen Lebens bemächtigt.“

Der Verfasser scheint es zu bedauern, daß in der Gegenwart Rücksicht genommen werden muß auf die Ansprüche der großen Masse und daß die schönen Zeiten vorüber sind, in denen die Herren alles unter sich verhandelten und regelten, ohne sich um das Volk zu kümmern. Das Volk war eben die Kanaille, der Pöbel, die rohe Masse, die Lasten und Abgaben tragen, ihr Leben und Blut opfern und im übrigen das Maul halten mußte. Zum größten Leidwesen des Herrn Kuh und Konsorten sind diese schönen Zeiten für immer vorbei und die große Masse will von allem Kenntnis nehmen. Und die Oberschichten haben sich dem anpassen müssen. Zunächst die Herren Gelehrten. „Die Wissenschaft scheint keinen höheren Ehrgeiz zu kennen, als eine öffentliche Wissenschaft zu werden. Sie strebt mit allen Kräften nach Popularisierung. Die schwierigen Probleme, über die im Studierzimmer und im Laboratorium selbst noch keine Klarheit geschaffen ist, werden auf den öffentlichen Markt hinausgezerrt, und es ist gerade, als ob die Gelehrten die öffentliche Meinung zum Richter über sich ausrufen wollten. Der Zug zur Masse! Streiten sich die Monisten und Dualisten, so

müssen sofort öffentliche Vorträge gehalten, öffentliche Versammlungen gegründet werden, damit nur ja Hinz und Kunz ihre unentscheidliche Stimme im Kampf der Meinungen abgeben können. Die medizinische Wissenschaft hat es längst aufgegeben, über dem Volke stehen zu wollen, sie praktiziert mit der Laienwelt, paktiert mit der Naturheilkunde, spottet selbst über die Geheimnistuerel der alten Doktoren, die mit weisen Gesichtern in lateinischen Hieroglyphen ihre Rezepte schrieben, aber sie ahnt nicht, wieviel sie durch diese Popularisierung an Autorität und suggestivem Einfluß auf den Patienten eingebüßt hat.“

Und die kirchliche Wissenschaft begehrt, nach der Meinung des Herrn Kuh, noch schwerere Fehler, indem sie ihre Streitigkeiten in die Öffentlichkeit hinaussträgt und dem Urteil von Leuten unterbreitet, „die hierzu am wenigsten berufen sind. Leute, die weder von der Geschichte, noch von der Philosophie eine Ahnung haben, und deren religiöses Empfinden gleich Null ist, mischen sich in die Streitigkeiten der Theologen ein. Warum auch nicht? Die öffentliche Meinung ist ja die allgewaltige Richterin, die hier wie dort das entscheidende Diktum fällt.“ Wie schön war es doch früher, als der Klerus allein die religiösen Fragen ordnete und die Laien weiter nichts zu tun hatten, als zu glauben; als die Theologen im engsten Kreise und in einer dem Volke unverständlichen Sprache ihre Zänkereien zum Austrag brachten und die dumme Masse leithammelten! „O glückliche Zeit“, schreibt Lessing in seinem Anti-Böbe, „da die Geistlichkeit noch alles in allem war, für uns dachte und für uns aß. Wie gern brächte auch Herr Hauptpastor im Triumph wieder zurück!“ Und auch Herr Kuh ersehnt jene glückliche Zeit zurück, als nur der Kenner der lateinischen und griechischen Sprache über theologische Fragen sprechen und urteilen durfte.

Nicht minder auch jammert er darüber, daß selbst die Kunst ihre „vornehm-aristokratische Zurückhaltung“ abgelegt hat und auf den Markt gegangen ist, um dem Volke zu dienen. „Die arme Kunst, die nach Brot geht, hat nun schon jeden exklusiven Charakter verloren. Sie erschöpft sich in Ausstellungen, sie sucht sich volkstümlich zu machen, sie strebt nach Sensationen, um einen möglichst großen Kreis an sich zu fesseln. Die Masse tut es! Darum müssen auch die Sesseln so gewählt werden, daß sie möglichst den Instinkten der Masse schmeicheln. Darum werden die intimsten Vorgänge ausgedrückt und der Öffentlichkeit preisgegeben. Auch die höchste der Künste, die Erziehungskunst darf in dieser Buhlschaft um die Öffentlichkeit nicht zurückbleiben. Der innere Streit über die tiefsten Erziehungsprobleme, die zu erfassen nur dem geschulten und wohlvorbereiteten Fachmann möglich ist, kann selbstverständlich nicht anders ausgetragen werden, als in breiter Öffentlichkeit. Es ist ja auch so unendlich wichtig, daß durch zahllose Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften und durch allerpopulärste Broschüren schon den kleinsten Lausbüchchen und den niedrigsten Backfischen das Dilemma der modernen Erziehungskunst klar gemacht wird, damit sie an der mehr oder weniger modernen Haltung ihrer Lehrer tiefgründige Kritik üben können! Die Öffentlichkeit kennt keine Schranken mehr. Sie dringt, womöglich bewaffnet mit Kamera und Phonograph, in Palast und Hütte ein, sie sitzt bei jedem Diner mit am Tische, sie belauscht die intimsten Gespräche, sie öffnet sich alle Türen, sie mißachtet das Briefgeheimnis, und nicht einmal an der Schwelle des Schlafzimmers macht sie Halt.“

Mit ganz besonderem Ingrimm wendet sich Herr Kuh gegen die Öffentlichkeit des Gerichtswesens. Man höre nur seine zornentzündeten Tiraden: „Wie haben wir es doch

so herrlich weit gebracht! Sollte sich jemand vermessen, das soziologische Dogma von der fortschreitenden Kultur-entwicklung in Zweifel zu ziehen, so braucht man ihn ja nur auf die Fortschritte der Rechtsprechung zu verweisen, als deren wichtigster die unbedingte Öffentlichkeit des Verfahrens anzusehen ist. Was war das allein für ein Jubel bei allen fortgeschrittenen Geistern, als vor einer Reihe von Jahren diese Öffentlichkeit auch die letzte Schranke niederriß, die um die Militärgerichtsämter noch errichtet war! Nein, immer und unter allen Umständen muß die Öffentlichkeit der Justiz gewahrt bleiben, denn wohin sollte Deutschland kommen, wenn nicht der Redakteur des Kreisblattes von Ritzbüttel oder dessen Berichterstatter sein Verbot über die mehr oder minder zutreffende Rechtsprechung abgeben könnte? Wie entsetzlich müssen die Zeiten gewesen sein, in denen die Richter der heiligen Fehme in tiefer Heimlichkeit zusammentraten, um über einen Schurken das Urteil zu sprechen und es dann in gleicher Heimlichkeit vollziehen zu lassen! Keine Stenographen, keine Vertreter der Presse, keine Zeitungsberichte! Gesegnet sei die Neuzeit, deren vollkommene Einrichtungen, deren öffentliche Methoden es uns ermöglicht haben, den Prozeß Hau bis in alle Einzelheiten zu studieren und das Leben Fräulein Olga Molitors auf Schritt und Tritt verfolgen zu können. Gesegnet sei die moderne Öffentlichkeit, die uns den Hardenprozeß beschert hat, und die ein so erhebendes Schauspiel nicht einmal, nein zwei- und dreimal und vielleicht noch öfter vor unseren Augen vorbeiziehen läßt. Gesegnet, dreimal gesegnet, sei die Öffentlichkeit, die es jedem angeklagten sozial demokratischen Redakteur erlaubt, zu den Fenstern des Gerichtssaales hinaus eine pompöse Rede über Freiheit und Gleichheit zu halten und sich als Märtyrer, als verfolgte Unschuld hinstellen zu können! Nur ein ganz gewissenloser, im Banne finsternen Mittelalters stehender Reaktionsär kann daran zweifeln, daß die gegenwärtige Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens als das köstlichste Palladium wahrhafter Menschheitskultur gepriesen werden muß.“

Man fragt sich unwillkürlich, was der Herr Kuh denn eigentlich mit seinem Geschreibsel bezweckt. Sollen wir etwa die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens beseitigen und wieder wie einstmal hinter verschlossenen Türen verhandeln? Wir können uns sehr wohl denken, daß ihm die Öffentlichkeit im Molke-Harden-Prozeß ein Greuel war, daß es ihm lieber wäre, wenn die Sozialdemokraten hinter verschlossenen Türen abgewürgt würden. Wir schwärmen selbst nicht für die Sensations-Berichterstattung der bürgerlichen Blätter, aber es hieße doch wirklich das Kind mit dem Bade ausschütten, wollte man das öffentliche Gerichtsverfahren abschaffen und dadurch die Kontrolle und Korrektheit der öffentlichen Meinung unmöglich machen. Und mag auch der Herr Kuh noch so geistreiche Kapriolen schießen, die Öffentlichkeit der Rechtspflege ist und bleibt doch das köstlichste Palladium des Rechts.

Nachdem der Artikelschreiber sichergestellt gegen die Öffentlichkeit auf allen Gebieten gewettert hat, zieht er mit einmal seine Luchskralen ein und der Pferdefuß — pardon! — Kuhfuß — kommt zum Vorschein. Mit der Miene eines öffentlichen Anklägers spricht er: „Über Öffentlichkeit ist nicht Offenheit. An Öffentlichkeit haben wir einen starken Überfluß, was man von der Offenheit nicht behaupten kann. Wenn an einer Stelle die Öffentlichkeit angebracht ist, so ist es in allen Dingen, welche das Staatswesen und die Staatsverwaltung selbst betreffen. Der Staat ist die wahre res publica, die öffentliche Sache, zu deren Behandlung die Öffentlichkeit in

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstäcker.

(37. Fortsetzung.)

„Ich weiß schon, wie wir's genießbar kriegen,“ rief da Bob dazwischen. „Mac, gebt einmal ein paar Becher gelben Zucker und zwei oder drei Flaschen Porter her, die gießen wir dazwischen und das nimmt auch dem verdammten süß-lauern Stoff die Schärfe.“

Mac Wherson war so mit allem zufrieden, wenn nur seine Getränke in Anspruch genommen wurden. Der Porter kam und ward hineingeschüttet, der Zucker darin umgerührt, und die Schar, der das Getränk jetzt besser mundete, schrie und jubelte gerade in den scheidenen Tag hinein, als ein Reiter von Osten her die Straße niedergerprengt kam und eben, wie es schien, auf das Haus zu einlenken wollte. Da trug ihm der Luftzug das gellende Jubelgeschrei der übertrunkenen Schar zu, denn er zügelte sein Pferd plötzlich ein und lauschte wohl mehrere Minuten den wilden, bacchantischen Tönen. Einmal schien es sogar, als ob er nicht übel Lust habe, den Platz zu umreiten. Er versuchte auch sogar schon, den Kopf seines Tieres vom Wege ab- und dem Busch wieder zuzulenken, dieses aber, so gehorsam es auch sonst wohl sein mochte und so fest und sicher es der Reiter im Zügel hielt, spitzte die Ohren der gewitterten Fütterung entgegen und wieherte leise und lustern.

„Armes Tier,“ sagte der Fremde, indem er den Hals seines Pferdes freundlich kopfte und sich zu ihm niederbog. „Paß mich gar wacker hierher getragen, und ich glaub' Dir's, daß Du endlich etwas mehr Nahrung verlangst als die paar dürftigen Halme, die Du im Busche Dir pflücken konntest. Komm, mein alter Brauner, wir kehren dort drüben alle beide ein, und wenn — doch einerlei. Erst werden sie uns ja doch wohl Zeit geben, daß wir uns wieder ein wenig erholen können.“

Und dem fröhlich aufwiehenden Pferde die Zügel lassend, sprengte er rasch und gerade auf das Haus zu, vor dem er die Gruppe zehender Gestalten schon von weitem scharf und aufmerksam gemustert hatte. Nur als er näher kam, sahen er sie nicht weiter zu beachten, als daß er die, die zufällig zu ihm aufschauten, flüchtig grüßte. Dann lenkte er sein Pferd hinter das Haus, wo ein Rad zum Befestigen der Zügel angebracht stand, und hielt noch immer im Sattel, um zuerst die Begünstigung des Wirts zu erwarten und von

diesem zu ertragen, welche Bequemlichkeit er für sich und sein Pferd erhoffen könne.

Mac Wherson ließ übrigens ziemlich lange auf sich warten, und die Zehenden, die rasch auf den Reiter aufmerksam geworden, ergingen sich in einer Reihe von Vermutungen, wer der Fremde sein könne, was er hier wolle und wohin er gehe.

„Paß einmal auf, Meit“, sagte Bob, „das ist so ein blutiger Spion von der Polizei, der hier herumtricht und die Nachbarschaft rege machen will. Sollte mich gar nicht wundern, wenn er uns hier auf den Kästen stiege und die Flaschen zählte, die wir getrunken haben.“

Mac Wherson schien eine ganz ähnliche Befürchtung zu haben, denn er schaffte, als der Reizende hinter dem Hause verschwunden und auf der untern Straße nicht wieder zum Vorschein gekommen war, also noch dort hielt, alles, was er nur von leeren Flaschen in der Geschwindigkeit erreichen konnte, rasch und geschickt in das Haus, wo es die Frauen schnell beiseite brachten. Ebenso sahen er sich auch in aller Eile auf eine Entschuldigung für das so überraschte Gelage zu besinnen, denn er hatte in der Tat keine Berechtigung, Branntwein hier im Busch auszuschenken, und eine Nachsuche wäre ihm gerade heute entsetzlich un bequem gewesen. Von seinem späten Besuche hatte er aber, wie er bald merkte, nicht das mindeste zu fürchten. Dessen Nachfrage galt nur einem guten Futter für sein Pferd und einem Zündholz mit einer Flasche Wein für sich selber, wobei er den Wirt bat, ihm in dessen ein stilles Plätzchen, in seinem Hause vielleicht, oder doch wenigstens von den Betrunknen entfernt, einzuräumen.

Mac Wherson in seiner Freude, einer nicht unbeträchtlichen Angst enthoben zu sein, versprach alles. Das Pferd besonders bekam in einem ausgehauenen Baumstamme ein reichliches Mahl Hafers gestreut. Wasser trug ihm Mac Wherson selbst hinzu, und die Frauen bereiteten in dessen den Tisch für den Fremden, der freilich mit dem fürlieb nehmen mußte, was die laute, lärmende Schar da draußen übrig gelassen hatte.

Ungeört blieb er dort allerdings, aber die Arbeiter nahmen das auch entsetzlich übel, daß er sich von ihnen absonderte, und aller Wahrscheinlichkeit nach zu stolz war, mit ihnen an einem Tische zu essen und zu trinken.

„Hol der Teufel den verdammten aufgeschlagenen Swell!“ sagte Jack, der Blechbecher, mit dem er sich eben wieder einen tüchtigen Trunk aus dem Stalleimer geholt, vor sich

auf den Tisch stoßend: „ist das nun eine Manier, in eine Buschhütte zu kommen und nicht einmal erst den schon anstößigen Gästen Portchen zu geben? Daß ihm das Fleisch im Halse stecken möge und der Brand zu Gift werde!“

„Oh, laß ihn laufen!“ brummte Meit, mit solchen Swells ist doch kein Verzehr, und sie haben nichts weiter zu tun, als herumzukriechen und von einer Station zur anderen die Neuigkeiten zu tragen. Hurra, Jungens, uns gehört der Busch hier, verdammt! Eure Augen, und all' das lottrige Geschmeiß, und zur Hölle soll fahren, wer einen ganzen Klot auf dem Leibe hat!“

„Halt, Meit“, stammelte Ralph, „dann muß ich den meinigen ausziehen, denn den hab' ich mir heute morgen erst von unserem — von unserem fidelem Wirt gekauft, hol' ihn — hol' ihn der Böse, hat mich auch — hat mich auch tüchtig dabei angeschmiert.“

„Behalt ihn nur ruhig an“, knurrte Meit, der trotz der enormen Quantitäten spirituöser Getränke, die er in sich hineingeschüttet, doch fast noch vollkommen nüchtern, wenigstens bei vollständiger Besinnung war. „Du kommst doch nicht in den Verdacht eines Gentleman, mein Junge, und jetzt heb' einmal Deinen Nachbar da unter dem Tisch auf und seß' ihn wieder auf die Stümpfe. Der hat mit angegeben, daß wir das saure Zeug hier eingegossen, und verdammt will ich sein, wenn er's jetzt nicht auch mit auslaufen soll!“

Wider, an ein solches Leben nicht gewöhnt, war schon halb besinnungslos zusammengesunken; unter Lachen und Geschrei wurde er aber wieder geweckt und mußte von neuem mitbeginnen. Endlich konnte er aber das Trinken nicht mehr vertragen und taumelte abseits, sich irgendwo hinter einen Busch zu drücken und ungestört eine Stunde schlafen zu können. Die übrigen hatten gerade nicht mehr auf ihn geachtet, und er erreichte eben, nur von Mac Wherson nicht unbemerkt, einen stillen Platz, als ihn Pferdegetrappel wenigstens so weit zu sich selber brachte, daß er aufschauen konnte.

Vor ihm hielt ein Reiter und blickte ihn kopfschüttelnd einige Sekunden an.

„Hallo, Mister“, stammelte der Trunkene, indem er nur mit großer Mühe unter den immer wieder niedersinkenden Äbden zu ihm aufblinzelte, wollen Sie — hier — wollen Sie schon fort? Haben hier — hier — verdammt seine Gesellschaft, lauter — hier — Gentlemen-Schäfer und Hüttenwächter, aber — hier — hier — verflucht sauern Champagner.

größtem Umfange verlangt wird. Ist es da nicht seltsam, daß diese Partei, die im übrigen nicht laut genug für eine immer weitere Ausdehnung der Öffentlichkeit einzutreten pflegt, mit einem Male von dieser Öffentlichkeit recht wenig wissen will? Daß sie sich gegen die öffentliche Wahl und für ein geheimes Wahlverfahren ausspricht? Daß sie der Anwesenheit öffentlicher Amtspersonen bei den Versammlungen widerstrebt? Daß sie sich mit Leibeskräften dagegen gestraubt hat, den politischen Versammlungen auch in jurachlicher Hinsicht den Charakter vollkommener Öffentlichkeit zu geben, der nur dadurch erreicht werden kann, wenn eine, und zwar die für die Mehrheit in Betracht kommende Landessprache als die allein zulässige festgelegt wird? Es ist eben der Mangel an Offenheit, der die Sozialdemokratie bestimmt, der Öffentlichkeit nur ein begrenztes Vertrauen entgegenzubringen. Bei der öffentlichen Wahl könnte das offene Bekenntnis zur Umsturzpartei Schaden bringen, und folglich gibt man der geheimen Wahl den Vorzug."

Also das war des Pudels Kern! Das ganze Geschwafel über die Öffentlichkeit auf allen Gebieten hatte weiter keinen Zweck, als der Sozialdemokratie den üblichen Fußtritt zu versetzen. Daß dies in durchaus ungehöriger Weise geschieht und daß der Vergleich zwischen Öffentlichkeit und öffentlichem Wahlverfahren allen Gesetzen der Logik Hohn spricht, werden selbst die Arbeitgeber des Herrn Kuh merken. So dumm sind sie denn doch nicht — und wenn sie ihren Kulis auch manches verzeihen, so sollten sie sich doch dagegen wehren, daß man ihnen so wenig Unterscheidungsvermögen zutraut.

Die Gewerkschaften und der Verband der Freien Gast- und Schankwirte.

Auf Veranlassung der Bezirksleitung des gen. Verbandes veröffentlichten wir nachstehenden Artikel des „Correspondenzblattes der Gewerkschaften Deutschlands“:

Der Verband der Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands ist eine Vereinigung der im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe tätigen Personen, die dieses Gewerbe selbstständig oder in Vertretung betreiben. Es handelt sich also zweifellos um eine Vereinigung von Gewerbetreibenden, von denen sicherlich ein nicht geringer Teil auch Personal (Gastwirtsgehilfen, Küchenpersonal, Hausdiener usw.) beschäftigt. Nach den seither in der Gewerkschaftsbewegung geltenden Auffassungen handelt es sich bei diesem Verbands nicht um eine Gewerkschaft, also eine Vereinigung von Lohnarbeitern, weshalb auch der Anschluß an die Generalkommission oder an die örtlichen Gewerkschaftskartelle mit Recht abgelehnt wurde. Aber dennoch ist nicht zu verkennen, daß der Verband ein Teil der modernen Arbeiterbewegung ist, nicht etwa bloß deshalb, weil er nur Gastwirte aufnimmt, die sich mit den Grundfragen der sozialdemokratischen Partei einverstanden erklären und bei dieser Partei politisch organisiert sind (das könnten z. B. auch sozialdemokratische Zigarrenhändler, ohne deshalb der Arbeiterbewegung nützlich zu sein), sondern weil seine Mitglieder der Arbeiterbewegung ihre Räume für Versammlungszwecke zur Verfügung stellen. Infolge dieser Förderung der modernen Arbeiterbewegung wurden diese Gastwirte von den Gemeinde-, Polizei- und Militärbehörden derart schikaniert und boykottiert, daß sie einen Verband für die Wahrung der Interessen der freien Gastwirte und für den Rechtsschutz ihrer Berufsangehörigen gründen mußten. Aus dem Kampfe für ein freies Versammlungsrecht ist also dieser Verband herausgewachsen, und schon diese Ursache seines Daseins sollte ihm die Sympathien der modernen Arbeiterbewegung sichern. Dazu kommt, daß die meisten seiner Mitglieder aus der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind — Genossen, die wegen ihrer führenden Stellung gemäßregelt oder sonst wirtschaftlich unmöglich gemacht und dadurch veranlaßt wurden, sich im Gastwirtschaftsgewerbe eine Existenz zu schaffen. Mancher Veteran der

Arbeiterbewegung ist darunter, und ihre Wirtschaften sind für viele Jüngere der Sammelpunkt der Arbeiterbewegung in schwerer Zeit gewesen. Sie sind mit der Entwicklung der Bewegung auf das innigste verwachsen.

Nun diese Bewegung groß und stark geworden, ist sie allmählich auch aus ihren früheren Verhältnissen herausgewachsen. Die moderne Entwicklung im Gastwirtschaftsgewerbe schreitet vielfach über diese alten Genossen hinweg. Wo die Arbeiterorganisationen über die nötigen Mittel verfügen, werden Gewerkschaftshäuser mit Wirtschaftsräumen und Versammlungsräumen errichtet. Brauereien, die sich früher nie um die Arbeiterbewegung kümmerten, stellen ihnen heute ihre Säle zur Verfügung. Damit müssen sich die Gast- und Schankwirte schon abfinden. Aber soweit sie ausreichende Räume für Versammlungen, Sitzungen, Werkstattbesprechungen, Kontrolle, Unterstützungsausgaben und Paroleausgaben haben und dieselben den Gewerkschaften zur Verfügung stellen, dürfen sie mit Recht eine Berücksichtigung ihrer Lokalitäten erwarten, eben weil sie Mitkämpfer für freies Versammlungsrecht waren und es noch heute sind. So lange der Kampf um die Versammlungsfreiheit auf dem Gebiete der Lokalfrage noch mit solcher Zähigkeit und mit dem Aufwand von Mitteln geführt werden muß, wie dies heute geschieht, so lange müssen wir auch die Bundesgenossen unterstützen, die diesen Kampf mitführen, da vielfach in erster Linie führen müssen. Fast kein Tag vergeht, ohne daß Militärbehörden, Militär- und Kriegervereine über Lokale, die zu Arbeiterversammlungen zur Verfügung stehen oder ein Partei- oder Gewerkschaftsblatt auflegen, den Boykott verhängen. Da müßten wir doch keinen Funken Ehrgefühl mehr im Leibe haben, wenn wir uns das alles so stillschweigend gefallen lassen wollten und unsere Groschen noch zu gegnerischen Gastwirten hintreiben wollten. Die bürgerlichen Gastwirtsvereine tun nicht das mindeste, um diesen Bann gegen die Arbeiterbewegung zu brechen — ja sie unterstützen obendrein die Reaktion durch Denunzierung freier Gastwirte. Und sollen wir ruhig zusehen, wie der trockene Polizeikampf einen Gastwirt nach dem anderen in die m a c h t, bis er uns endlich sein Lokal verweigert, wie täglich Strafmandate wegen der unmöglichsten Dinge verhängt werden, immer mit der drohenden Konzeptionsentziehung im Hintergrunde? Sollen wir, anstatt diejenigen zu unterstützen, die den Kampf gegen ein solches System führen, lieber bei fremden Gastwirten verkehren, die bürgerlichen Vereinen angehören und nichts von der Polizei zu leiden haben?

K a m p f gegen K a m p f war noch allezeit unsere Parole. Aber es handelt sich nicht lediglich darum, gewerkschaftliche Sitzungen und Versammlungen bei frei organisierten Gastwirten abzuhalten und diesen den Konsum von Arbeitergroßchen zu sichern, sondern die Kampfesorganisation der freien Gast- und Schankwirte zu stärken. Das soll geschehen, indem die Arbeiter auf diejenigen Wirte, die teils als Mitglieder der Partei oder der Gewerkschaften der Arbeiterbewegung nahestehten, teils vom Verkehr der Arbeiter leben, ihren Einfluß ausüben, damit diese sich dem Verband der freien Gast- und Schankwirte anschließen. Die Arbeiterbewegung hat noch allezeit den Standpunkt der Solidarität vertreten, der von dem einzelnen heißt, daß er den gemeinnützigen Bestrebungen seiner Berufsangehörigen nicht teilnahmslos zusehe, sondern sich denselben anschleße. Und was von dem Zusammenwirken der Arbeiter gilt, das gilt auch von dem Rechtsschutz der freien Gastwirte.

Haben sonach die freien Gast- und Schankwirte auf die Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft einen wohl begründeten Anspruch, so liegt ein freundschaftliches Verhältnis auch im Interesse der Gewerkschaften. Es sichert ihnen Räume für Versammlungen und Sitzungen, es sichert den Organisationen der Gastwirtsgehilfen, Transport- und Verkehrsarbeiter und Zivilmusiker die alleinige Benutzung ihrer Arbeitsnachweise und es sichert den Gewerkschaften die wirksamere Durchführung von Boykotts gegen Brauereien, soweit es sich um die Beschaffung boykottfreier Getränke handelt. Die Boykottresolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses legt auf die Herbeischaffung boykottfreier Waren ein starkes Gewicht; die erfolgreiche

Durchführung von Boykotts ist vielfach davon abhängig. Es wird deshalb auch bei der künftigen Vorbereitung von Boykotts nicht zu umgehen sein, daß sich Gewerkschaftskartelle vorher mit der örtlichen Organisation der freien Gast- und Schankwirte verständigen, anstatt sie vor vollzogene Taten zu stellen und es ihnen zu überlassen, wie sie sich damit abfinden. Häufig sind die Gastwirte an den Bierbezug aus gewissen Brauereien für kürzere oder längere Zeit vertraglich gebunden. Gelingt es ihnen nicht, diese Verträge rechtzeitig zu lösen, so erschweren sie wider Willen die erfolgreiche Durchführung eines Boykotts. Aber selbst da, wo sie sich nicht ohne weiteres dem Verträge entziehen können, fällt dieser Umstand für die Durchführung eines Boykotts derart ins Gewicht, daß eine vorherige Beratung mit der zuständigen Vertretung der freien Gastwirte durchaus geboten erscheint. Ob das im Wege von Unterhandlungen mit dem Vorstände oder durch beratende Zuziehung eines Vertreters der Gastwirte zu den betreffenden Sitzungen der Kartell- oder Boykottkommission geschieht, muß natürlich dem Ermessen der für diese Aktionen zuständigen Instanzen anheimgestellt werden.

Der Verband der Freien Gast- und Schankwirte zählte am 30. Juni 1908 bereits 4522 Mitglieder in 72 Filialen (einschließlich 59 Einzelzahler). Er hat Mitgliedschaften in Adlershof (24), Altenburg (14), Altona (79), Bergedorf (20), Berlin (1417), Bremerhaven (101), Breslau (13), Burg (8), Charlottenburg (86), Chemnitz (101), Eöln (116), Eöpenick (54), Darmstadt (22), Delmenhorst (12), Dresden (61), Duisburg (13), Düsseldorf (22), Eilenburg (11), Eisenberg (14), Erlangen (10), Frankfurt a. M. (35), Frankenhäuser (10), Gera (48), Gotha (20), Görtz (16), Götting (11), Hagen (21), Halberstadt (11), Halle (65), Hamburg (525), Harburg (15), Herbolzh (10), Igelhoe (24), Karlsruhe (12), Kulmbach (10), Langen (11), Leipzig (106), Lichtenberg (71), Linden (50), Magdeburg (85), Mainz (11), Meerane (11), Meuselwitz (17), Nordhausen (26), Nürnberg (64), Offenbach (54), Pankow (20), Pörsheim (12), Potsdam (13), Rathenow (10), Reintken (36), Rirsdorf (224), Rostock (19), Rummelsburg (52), Salzgungen (7), Schönebeck (21), Schöneberg (86), Schöne- meide (36), Sonneberg (24), Solingen (15), Spandau (21), Stettin (80), Tege (23), Treptow-Baumtschulenweg (22), Velten (14), Weimar (19), Weißensee (59), Wiesbaden (13), Wilmersdorf (34), Witttenberge (21), Worms (12), Zeitz (32), Einzelmitglieder 59.

Das ist ein ganz beachtenswerter Anfang, aber der Verband könnte eine ganz andere Kraft im Kampfe für Versammlungsfreiheit entfalten und viel wirksamer die geschlossene Phalanx der bürgerlichen Gastwirtsvereinigungen durchbrechen, wenn ihm die organisierte Arbeiterschaft mehr als bisher helfend zur Seite stände und dafür sorgte, daß seine Bestrebungen bei allen der Partei und den Gewerkschaften nahestehenden Gastwirten größere Anteilnahme fanden. Der Kampf um die Lokalfrage bedarf des Zusammenwirkens aller Faktoren der Arbeiterbewegung und in diesem Kampfe kann uns eine starke Organisation der freien Gastwirte, die imstande ist, auch auf dem flachen Lande einen weitreichenden Einfluß zu entfalten, nur nützlich sein.

Soziales und Parteilieben.

Das Schonen der Jünger. Dieser Tage fand in München der erste Verbandstag des bayerischen Schlossermeisterverbandes statt, der sich u. a. auch mit der Lehrlingsfrage beschäftigte. Unter dem Beifall der versammelten Jünger schlug der Referent — Schlossermeister Büßmann, München — vor, die Lehrzeit für Schlosserlehrlinge von drei auf drei einhalb Jahre auszu dehnen, und einen diesbezüglichen Antrag an die Handwerkskammern zu stellen. Zugleich soll auch versucht werden, von den Handwerkskammern die Erlaubnis zu erhalten, mehr Lehrlinge als bisher halten zu dürfen. — Den biederen Jünglern kommt der Appetit mit dem Essen. Nicht bloß, daß die Lehrlingszuchterei noch mehr als bisher betrieben werden soll, man verlangt noch obendrein, daß die Lehrlinge fürderhin noch ein halbes Jahr länger ausgebildet — besser gesagt ausgebeutet — werden sollen.

ich will verdammt sein — Er taumelte unter den Bufen, sah sich noch einmal mit seinen glanzlosen Augen um, als ob er jemanden suche, und fiel dann zurück, um wenigstens einen Teil seines Kaufsches auszuschlafen.

Der Reiter, es war Mac Donald, der mit neuen Kräften und geistigem Pferd seine Fucht fortsetzte, schaute den vor ihm liegenden Trunkenen eine Zeitlang sinnend und kopfschüttelnd an; dann preßte er die Fianten seines treuen Tieres und verschwand bald in dem Dämmerlicht des sinkenden Abends.

XVII.

Die deutsche Ansiedelung.

Nicht an Adelaide, die Hauptstadt Südaustraliens grenzend, daß sich die Außenhäuser fast berührten, wenigstens in Sicht von einander waren, lag ein kleines beinahe nur von Deutschen bewohntes Städtchen, Saaldorf genannt. Der äußere Charakter desselben war allerdings englisch, und die besseren Häuser gleichen hinsichtlich ihres äußeren und netten Aussehens kleinen freundlichen englischen Cottages, während andere freilich auch wieder, mit ihren geschmacklos bunten Farben, an die alte Heimat erinnerten. Ordnung herrschte aber überall; die Räume und Stufete waren auf musterhafte Weise hergerichtet, die Straßen reinlich, die Fenster in den meisten blank. Nur kleine Gruppen dickebäutiger, gesund aussehender Kinder, die sich draußen herumalagten oder spielten, sahen schmutziger aus, als es die Gebäude erwarten ließen, und der Grundtypus der deutschen Bauernjugend, mit ihren runden, verdünzten Gesichtern, ließ sich unfehlbar in der Mehrzahl erkennen.

Der kleine Ort bestand vielleicht aus dreißig bis fünf- unddreißig Häusern, mit zwei Kirchen und eben so vielen Gasthöfen und „Hotels“; unterschiedlich aber darin wesentlich von den englischen Städtchen Australiens, daß er kein Gefängnis enthielt, was bei allen Ortshäusern in Neu-Süd-Wales den Mittelpunkt bildet. Das benachbarte Land war auch wirklich fast durchgängig nur von Deutschen besiedelt, und das Bedürfnis, in ihrer Mitte alle solche Geschäfte und Handwerksleute zu sammeln, die ihnen zuführten, was sie brauchten, oder ihre verschiedenen Arbeiten verrichteten, hatte zuerst einen Schmied herbeigeführt, der sich unter den Landleuten niederließ. Dann folgte ein Rad- oder Wagenmacher, dann ein Sattler; dann kamen zwei Schneider und ein Schuhmacher. Gleich hinterher gesellte

sich ein Apotheker zu ihnen, und ein Geislicher nahm die kleine Herde unter seinen Schutz. Als bald fand sich auch ein Arzt bewogen, den Apotheker zu unterstützen, und Tischler, Metzger, Fleischhändler z. z. folgten, bis sämtliche Handwerker vertreten waren.

Später kamen noch einige Geisliche von verschiedenen Ecken und Ansichten, welche Sammlungen anstellten, um ebensoviele verschiedene Kirchen zu bauen, und den Schluß bildete in allerlehter Zeit sogar ein Advokat, Herr Doktor Spiegel. So war dort ein ordentliches deutsches Städtchen mitten in einer sonst Englisch und Deutsch gemischten Umgebung entstanden, denn in den angrenzenden einzelnen „Sektionen“, in deren jeder ein kleiner abgeschlossener Bauernhof stand, wohnten allerdings ebenfalls meist deutsche, aber auch einige irische und englische Bauern, und zogen Weizen, Gerste, Kartoffeln und andere Früchte.

In dem Charakter dieser Ansiedelungen unterscheidet sich Australien schon aus dem Grunde außerordentlich von ähnlichen Stellen in den Vereinigten Staaten von Amerika, daß die Parzellen in dem ersteren Lande bei weitem teurer sind als in Amerika, und daß die weniger bemittelten Einwanderer mithin auch nur einen weit geringeren Teil anzukaufen imstande sind. Gewöhnlich pachteten sie sogar erst den Boden mit Vorkaufsrecht von einem englischen Eigentümer, machen ihn dadurch wertvoller und zahlen nachher vier bis sechs Pfund Sterling für den Aker. In den deutschen Ansiedelungen Australiens sieht man deshalb das Land fast immer in vieredrige Sektionen eingeteilt, die wohl eingezäunt, gewöhnlich zehn bis zwanzig Aker enthalten. Auf jeder solcher Sektion baut sich der Deutsche sein Haus und was er sonst braucht, nach eigener Bequemlichkeit, nach eigenem Geschmack und fast immer nach heimischen Modellen. Der deutsche Dorfcharakter solcher Niederlassungen geht aber dadurch, wie sich das leicht denken läßt, vollständig verloren. Jeder wohnt eben auf seinem Lande, und nur in den kleinen Städtchen, wo die Bewohner noch andere Interessen als nur die des Ackerbaues im Auge haben, sammeln sie sich auf einem Punkte.

In Saaldorf nun, wie der kleine, jetzt beschriebene Ort hieß, wohnte unter anderen, mit denen wir später noch näher bekannt werden, der Fleischhändler Lischke, der mit seiner Abteilung Landes schon so weit vorgerückt war, daß sie dicht an die Stadt grenzte, und der dadurch mit Leichtfertigkeit einem doppelten Berufe, dem eines Landmannes wie dem seines Handwerkes folgen konnte. So oft es ihm sein ziem-

lich lebendiges Geschäft erlaubte, bestellte er seinen Aker auch selber oder sah wenigstens danach, daß seine beiden Rechte die nötigen Arbeiten ordentlich verrichteten. Die weiblichen Geschäfte befochten seine Frau Katharine und seine achtzehnjährige Tochter Susanne.

Lischke, ein höchst einfacher und außerordentlich tätiger Mann, war vor etwa zehn Jahren als blutarmer Einwanderer nach Australien gekommen, und mußte sogar die ersten Jahre noch seine ihm vom Reeder geborgte Passage abarbeiten. Durch Fleiß und Sparsamkeit aber, und unermüdlich bei seiner Arbeit, hatte er es nicht allein dahin gebracht, nach Ablauf der ersten drei Jahre ein Stück Landes selber mit Vorkaufsrecht zu pachten, sondern es gelang ihm auch, vor einigen Jahren von diesem Rechte Gebrauch zu machen, und so befand er sich auf diese Weise in dem Hause eines wohlhabenden Mannes. Jedenfalls verdiente er sich recht hübsches Geld, und er wie seine Frau hielten das Schrige wacker zu Rate. Daß er alles durch sich selber erworben, war dabei sein Stolz, und die Menschen, die Gleiches von sich sagen konnten, standen bei ihm in ganz besonderer Achtung. Von allen anderen hielt er wenig, und sein Lieblingsausdruck, wenn er von jemandem hörte, der viel Geld geerbt, oder auf eine sonst sehr leichte, unerwartete Art gewonnen hatte, war: „Plenty“-Schwindel, wie gewonnen, so zerronnen, die treiben's nicht lange, und nachher wissen sie gar nicht mehr, was sie mit sich anfangen sollen!“

Lischke war heute morgen auf seinem Felde gewesen, kam eben auf dem breiten, zwischen den hohen Fenzen hinlaufenden Wege, die Hände in den Taschen, die kurze Pfeife im Munde, zurück, und sah außerordentlich vergnügt aus. Seine diesjährige vortreffliche Ernte hatte er glücklich eingebracht, seine Felder waren in gutem Zustande, und die Berechnung, die er sich unterwegs über den Ertrag gemacht, fiel über sein Erwarten günstig aus. Wie er noch so langjam und selbstzufrieden dahinschlenderte, hörte er ein Pferd hinter sich, und bald darauf überholte ihn ein junger Burche, der ebenfalls den Deutschen auf keine Weise hätte verleugnen können.“

„Sieh mal an, Christian,“ sagte Lischke mit freudlichem Kopfnicken, den Gruß des jungen Mannes, der vom Pferde sprang und sein Tier am Jügel nahm, erwidern, „wie geht's, woher den Nachmittag?“ (Fortsetzung folgt.)

*) Sehr viel.

Am bevorstehenden Parteitag hat die „Neue Welt“ eine Nr. 1 herausgebracht. In der herausgegebenen Reproduktion wird dem Leser die Stadt vor Augen geführt, in der heuer das „rote Parlament“ tagen soll. Da sind still verträumte, malerische Winkel, alte Tore und Türme, das Gewerkschaftshaus mit seinem „historischen Hof“ und das Parteitagslokal. Einen geschichtlichen Überblick über das Werden und Wachen der alten Frankensstadt gibt Münchberg's Reichstagsabgeordneter Dr. A. Südekum. Georg Gärtner schildert die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in Nürnberg. R. M. Fischer plaudert in einem lebensmerken Artikel von den künstlerischen und kunstgewerblichen Sehenswürdigkeiten, an denen Alt-Nürnberg so überreich ist, wie keine zweite deutsche Stadt. Die beigegebenen Bilder illustrieren in geeigneter Weise die einzelnen Aufsätze. Einheitslich fügen sich Text und Bild zu einem schönen Ganzen zusammen. Die Leser werden sicher an der Nürnberg-Nummer der „Neuen Welt“ ihre Freude haben.

Folgende Erwiderung wird im „Vorwärts“ veröffentlicht: „Unter der Überschrift G. N. gegen G. N. finde ich in Nr. 200 des „Vorwärts“ einen Artikel, worin mitgeteilt wird, daß ich in meinem 1908 erschienenen Handbuche „Sächsische Politik“ geschrieben habe, die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Sachsens hätten stets gegen das Budget gestimmt und damit Protest gegen das herrschende Regierungssystem eingelegt. Ihre Feststellung ist richtig. Aber ich habe bereits in der letzten Dresdener Parteiversammlung selbst auf diese Stelle des genannten Handbuchs aufmerksam gemacht und betont, daß ich dabei einem Irrtum verfallen sei, auf den ich erst später von einem Landtagsabgeordneten aufmerksam gemacht worden bin, als sich in dem Buche selbst nichts mehr ändern und berichtigen ließe. Ich bin bei Abfassung des Handbuchs leider der allgemeinen Annahme zum Opfer gefallen, die sächsischen Landtagsabgeordneten unserer Partei hätten im Landtage immer gegen das Budget gestimmt. In diesem Irrtum bin ich, soweit mir das jetzt noch in Erinnerung ist, durch zufällige Einsichtnahme in die Landtagsakten eines der Jahre 1894 oder 1896 bekräftigt worden, in welchen Jahren tatsächlich gegen das Budget von unserer Seite gestimmt worden ist. Der Irrtum von 1908 kam natürlich an meinen Feststellungen von 1908 nicht das geringste ändern. Wenn man schon von Leichtfertigkeit reden will, könnte ich eine solche nur 1908 begangen haben. Mit Parteigrüß Emil Nischke.“

Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Bei außerordentlich starker Beteiligung nahm Donnerstags in Jena im „Volkshaus“ der diesjährige Verbandstag der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unter Leitung des Herrn Magistratsrat v. Schulz in Berlin und Oberbürgermeister Cuno in Jena seine Verhandlungen auf. Zunächst gibt Herr v. Schulz einen Rückblick auf die Entstehung des Verbandes, der aus kleinen Anfängen sich heute dahin entwickelt hat, daß ihm über 300 Gewerbe- und Kaufmannsgerichte angehören. — Im Namen der Weimarer Regierung begrüßt Herr Regierungsrat v. Noitz; Wallwitz die Erschienenen. — Seitens der Handelskammer zu Jena widmet Herr Fischer er darauf Begrüßungsworte.

Die eigentlichen Verhandlungen beginnen sodann mit der Rechnungsablage durch Magistratsrat v. Schulz in Berlin. Der Bericht schließt mit einem Bestande von 2850 Mk. ab. — Das erste Referat über: „Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage“ hat Berichtsrat Dr. Brenner in München übernommen. Redner betont, daß das Schicksal „Sozialpolitik“, obwohl es zu den neuesten Typen gehöre, noch nie in die Reihe der Schnellseger eingereiht worden sei, daß es aber insbesondere in den letzten drei Jahren seinen Kurs nahezu eingestellt habe. Bei dem großen Interessensstreite im wirtschaftlichen Leben könne zwar kein Automobiltempo für Sozialpolitik gefordert werden, denn die Erfahrungen von heute hätten den Weg für morgen zu bestimmen, doch der jetzige Zustand sei in Anbetracht der dringenden Bedürfnisse auf sozialpolitischem Gebiete ein außerordentlich beklagenswerter. Das einzige Produkt der letzten drei Jahre auf sozialem Gebiete sei die kleine Besserung, die mit der Einführung des sogenannten kleinen Befähigungsnachweises (Gesetz vom 30. Mai 1908) gebracht sei. Neben der Reichsgesetzgebung hätten auch die Landesgesetzgebungen auf diesem Gebiete verlagert. Wohl lägen zurzeit einige Entwürfe vor, doch zeige sich bei ihnen auch wohl nur mehr der gute Wille als die Tat. Redner geht mit einigen Worten der Kritik auf einige dieser Entwürfe ein und fordert vom Verbandsrat der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte die Befolgung des Mottos: „Nun erst recht Sozialpolitik!“

Alsdann spricht Rechtsanwalt Dr. Baum über: „Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage“. Er führt hierzu aus, daß die Wissenschaft des Arbeitsvertrages zwar noch neu sei, sich aber so außerordentlich schnell entwickelt habe, wie kein anderer Zweig der Jurisprudenz. Etwa 300 Werke sind bereits erschienen, so daß es fast den Anschein habe, als ob das Gute etwas zu viel getan werde. Lebhaft zu bedauern sei es, daß die akademischen Lehrer sich so spät mit der Materie befaßt hätten. Lange Zeit sei Professor Lothmar der einzige gewesen, in neuerer Zeit hätten sich einige andere hinzugesellt. Obwohl der Referent dem ungeheuren Fleiß und juristischen Scharfsinn von Professor Lothmar Anerkennung zollt, glaubt er doch, daß Lothmar nicht immer genau die Grenze zwischen der Darstellung des Rechts und seinem politischen Standpunkt zu halten vermöge. Redner betont, daß die gesamte Literatur es anerkenne, daß die Fortentwicklung auf sozialem Gebiete wesentlich ein Verdienst der Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und des Verbandes sei, er fordert weitere Beharrlichkeit in dem Drange nach Fortschritt und weist namentlich auf den beschämenden Zustand hin, der durch die Bestimmungen des § 153 der Reichsgewerbeordnung gegeben ist. — Auch an dieses Referat knüpft sich eine Diskussion nicht an.

Es spricht nunmehr Magistratsrat Wölblich in Berlin über: „Vertretung vor dem Einigungsamt“. Der Referent stellt folgende Thesen auf: 1. Das Einigungsamt soll nach Möglichkeit auf für die Rechtsverbindlichkeit der abzugebenden Erklärungen ausreichende, von nächstträglicher Genehmigung unabhängige Vollmachten erforderlichenfalls auf die Erweiterung der Verhandlungsvoollmacht im Laufe des Verfahrens sehen. 2. Die Vorstände und Beamten von Berufsvereinen sind als Vertreter und an derer Beteiligter vor dem Einigungsamt zuzulassen. 3. Die durch Mehrheitsbeschluß in einer Versammlung der Beteiligten bestellten Vertreter gelten auch als Vertreter der anwesenden Minderheit, so weit sie nicht sogleich in berechtigter Weise gegen den Beschluß Einspruch einlegt. Die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung muß vorher öffentlich bekannt gegeben sein. 4. Eine Vollmacht zum Abschluß eines Tarifvertrages berechtigt zur Einziehung aller aus einem solchen Vertrage sich ergebenden

Verpflichtungen. § 31 des Gewerbevertragsgesetzes findet auf die Vertretung vor dem Einigungsamt keine Anwendung. 5. Die Prüfung der Legitimation der Vertreter vor dem Einigungsamt ist nötigenfalls durch die Gesetzgebung einem besonderen Beamten zu übertragen, der sich geeignetenfalls durch Teilnahme an den Versammlungen der Beteiligten über die Ordnungsmäßigkeit der Bestellung der Vertreter zu unterrichten hat. — Das Referat des Redners erstreckt sich lediglich auf die Begründung dieser Thesen. Auch dieser Punkt der Tagesordnung wird ohne Diskussion erledigt.

Lebhafteres Interesse zeigte sich dagegen bei dem nachfolgenden Referat des Magistratsrats Dr. v. Schulz in Berlin, über: „Angliederung der Schlichtungskommission an die Einigungsämter“. Redner führt hierzu aus, daß die Schlichtungskommissionen ihre Aufgabe, einigend zu wirken, in bester Weise erfüllen. Vorbildlich habe hier der Buchdruckerverband gewirkt. Redner geht dann auf das Wesen der Tarifverträge, auf die Einrichtung der Tarifämter und Schlichtungskommissionen ein. Verlangt wird zur besseren Information, Fortbildung und Überwachung von Tarifverträgen, daß die Arbeiten der unparteilichen Vorsitzenden besonderen Bureaubeamten übertragen wird, was eine Anerkennung der Nützlichkeit und Notwendigkeit solcher Kommissionen durch die gesetzgebenden Körperschaften im Gefolge haben müsse. Bedeutsam erscheint die Forderung, daß ein solches von der oberen Verwaltungsbehörde einzusetzendes Tarifamt auch die Befugnis haben soll, bei wesentlicher Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder der Marktlage einen Tarif auch vor Ablauf außer Kraft zu setzen.

Cohen in Berlin führt Beschwerde darüber, daß das Berliner Gewerbegericht, dem Herr v. Schulz vorsteht, unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gert entschieden habe, daß Vertreter von Arbeiterorganisationen, die nicht mehr im Beruf tätig sind, nicht Sitz und Stimme in den Schlichtungskommissionen haben können, während nach Ansicht des Redners gerade diejenigen Arbeiter, die nicht mehr im Beruf tätig, die geeignetsten Personen seien. Cohen meint, Theorie und Praxis ständen hier in Widerspruch. — Gewerkschaftssekretär Körsten in Berlin begründet seine Anfrage, ob auch Minderheiten in einem Betriebe allgemein gültige Tarife abschließen können, im verneinenden Sinne mit der Bemerkung, daß ein solches Verfahren das Wesen der Tarife der Lächerlichkeit übergeben würde. — Gewerkschaftssekretär Erkelenz tritt Körsten entgegen mit dem Einwande, daß, so lange außerhalb des Arbeitervertrages liegende Gründe die Arbeiter noch in verschiedene Organisationen trenne, so lange dürfe man deren Bewegungsfreiheit durch Majoritätsbeschlüsse nicht einschränken. — Körsten und Paepelow in Hamburg führen demgegenüber aus, daß es sich darum handelt, daß solche Minderheitsparteien nicht die offizielle Anerkennung bekommen. — Magistratsrat Wölblich sucht die von Cohen erwähnte Beschwerde auf Mißverständnisse zurückzuführen. Stadtrat Dr. Flesch in Frankfurt a. M. stellt fest, daß man sich in der Hauptsache einig sei, er singt dann ein etwas zu schön gefärbtes Loblied auf die Tätigkeit der Gewerbegerichte und spricht sich gegen den Gesekentwurf über Arbeitskammern aus, indem er befürchtet, daß man das, was die jetzigen Instanzen Gutes geschaffen, durch die Zusammenlegung der beiden Gebiete wieder verderben werde. Der Entwurf schwäche die Aktionsfähigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erheblich ab. Die Funktionen, welche man den Arbeitskammern zugeordnet, könnten von den Gewerbegerichten versehen werden. Redner spricht sein Bedauern darüber aus, daß von den gutachtlichen Äußerungen der Gewerbegerichte, die eine ungeheure Summe von Sachkenntnis und Autorität in sich vereinigten, so wenig Gebrauch gemacht werde; er rüht dann noch die vorbildlichen Einrichtungen der von Prof. Abbe geschaffenen Karl Zeiß-Stiftung und fordert als „Parole der Zukunft“ ein Zusammengehen der fortgeschrittenen Unternehmer mit den Arbeitern gegen Reaktion und Rückschritt.

Oberbürgermeister Cuno in Jena gibt dann ein Resümee von den gepflogenen Verhandlungen, aus denen bemerkenswert ist, daß er betont, man solle Professor Abbe nicht als den „Vorkämpfer“ seiner Arbeiter hinstellen, das habe dieser nicht sein wollen, sondern er habe den Arbeitern ihr soziales Recht gegeben. Das Beispiel müsse für die künftige Ausgestaltung des Arbeitsvertragsverhältnisses vorbildlich sein. Professor Abbe habe die Kühnheit der Idee zum ersten Male in die Praxis umgesetzt.

Es folgen dann noch die Auswahlsachen, in dem wie bisher als Vertreter der Arbeiter Paul Starke in Dresden delegiert wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Sittlichkeit auf dem Lande. Vor der Strafkammer in Heiligenstadt wurde der 27 Jahre alte verheiratete Tischler Godecke aus Breitenworbis wegen schwerer sittlicher Verfehlungen gegen seine noch nicht ganz 14jährige Schwägerin zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Mädchen, das mit 12 Jahren Mutter geworden ist, gab vor Gericht zu, seinen Schwager zu dem intimen Verkehr verleitet zu haben.

Für 6 Milchfäse ein Jahr Zuchthaus. Im Mai dieses Jahres entwendete ein circa 60 Jahre alter Arbeiter auf dem Wochenmarkte in Düsseldorf einem Bauer 5 kleine Milchfäse von geringem Werte. Vor Gericht entschuldigte der Mann seine Tat mit starker Trunkenheit. Unter Verurteilung mildernden Umstände verurteilte ihn die Düsseldorfer Strafkammer „in Anbetracht seiner vielen Vorstrafen“ zu einem Jahr Zuchthaus.

Die Milde der Militärjustiz gegenüber Soldatenpeinigern wurde wieder einmal offenbar in einer Verhandlung vor dem Kommandanturgericht in Koblenz. Der Sergeant Müller von der 3. Kompanie des 8. Pionierbataillons war angeklagt, dem Gefreiten Wesel in schwerer Weise beleidigt, ihn ferner mehrmals mit dem Fuß gestoßen und gegen eine Tür geworfen zu haben. Die Beschimpfungen waren derart schwer, daß der Soldat vor Erregung krank wurde und in ärztliche Behandlung kam. Dadurch erst wurde die Sache den Vorgesetzten bekannt, ferner, daß der Sergeant verurteilt hatte, den Mißhandelten von der Erstattung der Anzeige abzuhalten. Trotzdem und obwohl der Sergeant bereits mehrfach vorbestraft war, erkannte das Gericht wegen der Beleidigungen, der Mißhandlungen und der Abhaltung von der Beschwerde nur auf 16 Tage Mittelarrest.

Aus Schmach nach der Heimat. Der jetzt 37jährige Kanonier Otto König von der 1. reitenden Batterie des Feldartillerieregiments v. Scharnhorst desertierte am 17. Juni 1893 aus Celle, der früheren Garnison der reitenden Abteilung des genannten Regiments. Sein damaliger Batteriechef, Hauptmann v. Bischofsheim ist inzwischen zum Regimentschef aufgerückt. Als Grund für die Desertion gab König an, ihm habe damals sein Hauptmann nach einer wegen unerlaubter Entfernung von der Garnison verbüßten Strafe angekündigt, daß er nun ein ganzes Jahr Straferezierieren haben solle. Dies habe ihn zur Desertion ver-

anlaßt. Lange Jahre hat König in Belgien und Luxemburg als Schuhmachergeselle gearbeitet; er hat sich in Rüttich verheiratet und besitzt sieben Kinder. Die Liebe zur Heimat und der Wunsch, seine Kinder auf deutscher Erde aufwachsen zu sehen, veranlaßten König, sich jetzt den deutschen Militärbehörden freiwillig zu stellen. Das Kriegsgericht der 20. Division, vor dem sich König verantworten mußte, erkannte auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von sechs Monaten Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Die Familie des Verurteilten hat vorläufig im Pflegehause zu Braunschweig Aufnahme gefunden.

Aus Nah und Fern.

Durch Bilzgenuß erblindet. Ein junger Mann in Jena hatte sich vor einigen Tagen selbst im Walde Bilze gesammelt und sie, nachdem sie bereits einige Tage alt geworden waren, von seiner Wirtin zubereiten lassen, obwohl diese ihn gewarnt hatte, die Bilze zu genessen. Nach kurzer Zeit wurde der junge Mann von einem heftigen Unwohlsein und starkem Erbrechen befallen. Er mußte deshalb sofort in das Krankenhaus eingeliefert werden, wo auch seine völlige Erblindung eingetreten ist. Sein Zustand ist hoffnungslos. Es wird vermutet, daß sich unter den Bilzen ein sogenannter Teufelschwamm befunden hat.

Schon wieder eine Ordnungsgaule geborsten. Aus Heidelberg in Baden wird berichtet: Herr Sch. Joachim, Gemeinderichter und Leiter der hiesigen Filiale von der Ladenburger Vorschulklasse, hat als Führer der Nationalliberalen im hiesigen Orte seither großes Vertrauen genossen. 30 Jahre hatte der Mann seine Ämter verwaltet und erst vor kurzer Zeit erhielt derselbe anlässlich seines Dienstjubiläums von der Vorschulklasse und der Gemeinde für treu geleistete Dienste eine goldene Uhr zum Präsent. Herr Joachim hat jedoch das Vertrauen schnell mißbraucht und seit Jahren sich an anderer Leute Geld vergreifen. Unterschlagungen in großem Umfange hat er zum Nachteil des Vorschulklassenvereins begangen. Durch die Untersuchung ist bis heute eine Unterschlagung von 82000 Mk. festgestellt, doch ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen und man vermutet, daß noch mehr Unterschlagungen aufgedeckt werden. Die Gemeindegelder hat Joachim nicht angegriffen; soweit die Nachkontrolle sich erstreckt, stimmten hier Bücher und Kasse vollauf. Joachim ist in Rücksicht auf seinen Krankheitszustand noch nicht verhaftet worden, doch wird er von der Behörde bis zum Abschluß der Untersuchung beaufsichtigt. Die Entdeckung der Unterschlagung ruft in allen Kreisen der Bevölkerung großes Aufsehen hervor, die Mitglieder der Vorschulklasse befinden sich in nicht zu beschreiblicher Erbitterung. Daß ein so großer Patriot seine Mitbürger so betrog, das ist den Leuten kaum faßlich.

Hardens „Zukunft“ am Pranger. Im „Deutschen Buch- und Steindruck“, Heft 11, finden wir eine scharfe Kritik an der ängeren Ausstattung der Hardenschen Monatschrift und gleichzeitig eine Aufstellung über den Reingewinn, den diese Kulturförderin abwirft. In einem Vortrag, den der Bibliothekar Dr. Jagelstange in Magdeburg hielt, sagte dieser: „Eine Zeitschrift verdient es, einmal an den Pranger gestellt zu werden, da sie aus dem verhältnismäßig anständigen Rahmen unserer literarischen periodischen Veröffentlichungen ganz herausfällt.“ Und nun wird nachgewiesen, daß die „Zukunft“, so ungefällig das Schlimmste ist, was man überhaupt finden kann, an Minderwertigkeit nicht einmal überwiegen von den Indianer-Schmökern und Hintertreppen-Romanen. Papier, Druck und die Weiße, das Heft zu beschneiden u. v. sind denkbar „lieblich“ und „roh“. Aber der Gewinn, der nachgerechnet wird, ist dafür umso glänzender. Er beträgt jährlich nicht weniger als 312000 Mk. Naiv fügte der Redner hinzu: „Meine Herren für 312000 Mark jährlichen Reingewinn kann man, wenn man ein Kulturförderer sein will, etwas mehr für die Buchdruckerkunst tun; für die Kunst, der es Hardens doch in erster Linie (?) verdankt, daß er weit gefamnt, weit gerühmt und weit gefürchtet ist.“ In der Charakterisierung des materiellen Teils der „Zukunft“ hat der Redner gewiß Recht, nur hätte er gerührt hinzufügen können, daß der geistige Inhalt dieser Klotze für Hoffentlich und sonstigen Schmutz noch wertvoller ist als ihre äußere technische Ausstattung.

Die Presse, die Bürgervereine und Herr Nolte aus Schwanebeck. Der Magistrat des provinziälischen Ortes Schwanebeck erläßt folgende Bekanntmachung:

„Diejenigen Einwohner, welche bezüglich städtischer Einrichtungen Wünsche oder Beschwerden haben oder zu haben glauben, werden gebeten, dieselben an zuständiger Stelle, das ist auf dem Rathause, anzubringen, und nicht jeden Quark erst in der Zeitung breitzutreten. Zeitungen oder Bürgervereine sind keine Vorinstanzen oder Aufsichtsbehörden für Magistrat und Polizeiverwaltung. Schwanebeck, den 19. August 1908.“

Magistrat und Polizeiverwaltung. (gez.) Nolte.“
Unsere Leser werden es Herrn Nolte in Schwanebeck nachfühlen können, daß es ihn verbrieht, wenn sich zwischen JGN, das Stadtoberhaupt, und seine „Untertanen“ so moderne Einrichtungen wie Bürgervereine und Zeitungen drängen. Höchstselbst möchte er in huldvoller Audienz Wünsche und Beschwerden entgegennehmen und Fuß und Hand den submissiv Petitionierenden zum Kusse reichen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwaab. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Am Sonnabend, den 29. d. Mts. entließ nach kurzem aber schweren Leiden an Blutvergiftung mein innigst geliebter Mann und meiner Kinder treusorgender Vater, unser lieber Sohn, Schwiegerjohn, Bruder und Schwager

Emil Ketzner

im Alter von 31 Jahren. Tief betrauert von
Minna Ketzner Ww.
und Hinterbliebenen.

Beerdigung am Dienstag, den 1. Septbr., nachmittags 4 1/2 Uhr in Ahrensöb.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme u. die überreichen Kranzspenden beim Ableben meiner lieben Frau sage ich auf diesem Wege allen Teilnehmern meinen innigsten Dank.

Willi Kipp.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

P. P.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, dass ich mit dem morgigen Tage ein

Spezial-Geschäft

in nebenstehend vermerkten Artikeln eröffnet habe. Gestützt auf meine langjährige Tätigkeit in erstem hiesigen Hause und dadurch in Verbindung mit den renommiertesten Fabriken Deutschlands bin ich imstande, den weitgehendsten Ansprüchen aller mich Beehrenden nach jeder Richtung hin voll und ganz genügen zu können.

Hochachtungsvoll

Elisabeth Ehlert

Lübeck, Breitestr. 25.



Neu-Eröffnung.

Spezialhaus

in

Wollwaren Trikotagen

Strumpfwaren

Handschuhen.

Lübeck-Marken.

Elisabeth Ehlert

Breitestr. 25. Lübeck. Breitestr. 25.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Magdalena Franck
August Liers
Gedebnisch, Verlobt. Lübeck,
a. St. Lübeck. am Aug. 1908.

**Sozialdemokratischer Zentralverein
für das Fürstentum Lübeck.**
Ortsverein Ahrensböök.

An der Nacht zum Sonntag verstarb im Lübecker Krankenhaus an den Folgen einer Blutvergiftung unser braver Genosse

Emil Ketzner

am Alter von 81 Jahren.
Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Bestattung am Dienstag, den 1. Septbr., nachm. 4 1/2 Uhr in Ahrensböök.

Kettungshefter 3, 1. Okt. eine 2-Zimmer-Wohnung zu vermieten.
Niedere Querstraße 1, II.

Sogleich oder Oktober eine kleine Wohnung an ruhige Leute zu vermieten.
Meierstr. 5a.

Zum 1. Okt. eine Stube mit Zubehör für 65 Mk. an einzelne Frau zu verm.
A. Zietz, Obertrave 57, III.

Gesucht

Arbeiterinnen
August Schumacher
Gracienstraße 3.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
G. S. m. B. S.

Die Verkäuferstelle ist besetzt. Allen Bemerkern besten Dank.

Eine neue Fleisch-Garnitur nebst Sofa sehr billig zu verkaufen
Beckergrube 20, II.

Zu verkaufen

ein neuer Damenschmuck,
Ladenpreis 750 Mk.,
für 350 Mk.

Beckergrube 44, part.

Eine Stadentude billig zu verkaufen
Beizerstraße 16 a.

Eine zweischlägige Bettstelle und großer Koffer zu verkaufen.
Mundt, Trems.

In der Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei Paul Fleming finden Malzsurrogate (Zugstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch höchste Gewähr für reinste, bestmögliche und nahrhaftigste Ferbricate geboten wird. — Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften ausdrücklich obige Fabrikate und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei Engelsgrube 62.

Einerbier, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6-9 Uhr.

Modernes Waschmittel

garantiert unschädlich
kein Chlor
kein reiben

Persil

vollständig ungefährlich
kein Waschseife
kein Bürsten

Für jede Waschmethode passend
alleinige Fabrikanten auch der weltbekannten
Henkel's Bleich-Soda

Henkel & Co. Düsseldorf

Mittagsgespräch zwischen zwei Eheleuten:
Sag mal, liebe Anna, wovon schmecken heute deine Senfgurken so schön und sonst nicht? Nun rate doch mal!
Ich weißt du, unsere Auguste hat mir es schon verraten, daß du Wiegels Conf.-Sonnigkeits-Verwandt hast.
Wo erhält man diesen Essig?



Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königsstraße 62, b. d. Hühnerstraße
Gebe rote Rabattmarken.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter.
Hühnerstr. 18



Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meierei-Butter
loster Bd. 1.35 Mk.

Reedwischs Spirituosen:
Liföre, Kümmel, Bittern, Kognak, Rum, Weine usw.
Untertrave 64.

Familienfeier halber ist mein Lokal am Dienstag, den 1. Septbr., von 12 Uhr mittags an geschlossen.

C. Jürss,
Kleine Altesfähre 12.

Ein noch sehr guterhaltener Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen
Böttcherstraße 22, I.

Hansa-Theater.

Telephon 384.
Theater

Job-Classen

Direktion H. Job und Peter Classen.

Dienstag, 1. Sept. u. folgende Tage

Anfang 8 Uhr.

Der größte Schlager!

Der Mann mit dem Himmel!

Schwank in 3 Akten von M. Geisthövel.

Musik von R. Ephraim.

Arrangiert u. in Szene gesetzt von Dir. Job.

Lachen ohne Ende!!!

Preise der Plätze wie bekannt.

Täglich Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Alles Nähere durch ausführl. Austragszettel und Plakate.

Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft.

Achtung Schneider!

Ausserordentliche Mitgliederversammlung
am Dienstag, 1. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Jeder Kollege muß in dieser Versammlung erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater

Letzter Tag

der Ringkämpfe im Hansa-Theater.
Heute Montag, 31. August, ringen:
Frank Jakson Carlos
England Portugal

Außerdem der große
Entscheidungskampf

Siegfried Apollon
Deutschland und Frankreich

Beide Kämpfe bis zur Entscheidung.

Zum Schluß:

Proklamation der Sieger und öffentliche Preisverteilung.

1. Preis Mk. 1200 3. Preis Mk. 600
2. Preis Mk. 800 4. Preis Mk. 400

Billetvorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.

Dienstag: 88. Abonnem.-Vorstellung.
Benefiz C. Haerberlein, Gastspiel Georg Braatz vom Stadttheater Augsburg.

Hermann Sudermann:

Johannisfeuer.

Schauspiel in 4 Akten.
Mittwoch: Keine Vorstellung. Für die 89. Abonnem.-Vorst. stehen den gesch. Abonnenten Ersatzkarten zum beliebigen Gebrauch zur Verfügung.